

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 19.

Sonnabend, den 9. Mai 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks und Sperren. — Streikklausel und Lohnklausel. II. — Situationsbericht über den Hamburger Streik. — Zum Streit in Vahrenth. — Kommt es im bairischen Wald zum Konflikt? — Das Raifest der Arbeiterklasse. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes (Gaulleiteranstellung betreffend). — Korrespondenzen. — Bauarbeiterkongress in Frankreich. — Rundschau. — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Anzeigen.

Beilage: Das verpreugte Vereinsrecht. — Soziale Streiklichter. — Produktionssteigerungen. — Tarifverhandlungen im Münchener Steinmehrgewerbe. — Zu den Einigungsverhandlungen im Baugewerbe. — Einfahren. — Aphorismen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperet sind: Simbricht bei Beuel: Die Firma Birges. Floß (Oberpfalz): Firma Vetter. Halle: G. Zimmermann, R. Wendenburg, D. Staudie.

Freiburg. Die Unternehmer planen eine Aussperrung.

Strasbourg. Die Tarifverhandlungen brachten uns eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. Für die Flächen wurde eine durchschnittliche Verbesserung von 12 Proz. erzielt. Der Tarif wurde auf weitere zwei Jahre abgeschlossen. Die Firma Bauer u. Volang hat ebenfalls den Tarif anerkannt. Die anders lautende Meldung in der letzten Nummer war unrichtig.

Greiz. Wegen Lohndifferenzen sperre die Firma Görig unsere Kollegen aus.

Seeburg. Die Unternehmer haben den Tarif gekündigt, sie wollen nach dem Gotthaischen Tarif bezahlen, welcher ebenfalls abgelaufen ist. Es würde dies eine Verschlechterung von circa 20 Prozent bedeuten.

Wiesberg (Oberfranken). Am 2. Mai wurde der Streit wegen der vielen Arbeitswilligen bedingungslos abgebrochen.

Wede. Die Sperre ist aufgehoben. Die alten Löhne werden so ziemlich wieder bezahlt. Ein Tarif konnte noch nicht abgeschlossen werden. Direktor und Geschäftsführer wurden abgesetzt.

Reinheim. Die Lohnbewegung bei der Firma Frohmann ist beendet, es bleibt der alte Tarif mit einigen Zuschlagspositionen in Kraft.

Sarmen-Oberfeld. Der Streit dauert unverändert weiter. Die Unternehmer weigerten sich, eine Arbeitszeitverkürzung zu gewähren.

Brandenburg. Der Streit dauert bereits die fünfte Woche. Unsere Situation ist äußerst günstig. Streikbrecher fanden sich bis jetzt keine.

Wittgenbrunn und Bausitz. Der Streit ist abgebrochen. Die Unternehmer wollen nach der Arbeitsaufnahme Zugeständnisse machen.

Hamburg. Die Vergleichsverhandlungen der Steinmehnen und Marmorarbeiter Hamburgs mit den Arbeitgebern sind an dem schroff ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber gescheitert. Man will Streikbrecher werben. Kollegen! weist alle Arbeitsangebote nach Hamburg zurück.

Bochum i. Westf. Die Differenzen mit der Firma Schüttler sind erledigt. Die Firma zahlt die bisherigen Preise bis 1. Mai 1909, falls die Steine härter werden, auch Härtezuschlag.

Springe. Am 4. April legten sämtliche Steinhauer von Springe und Altenhagen die Arbeit nieder. Die Tarifverhandlungen konnten zu keinem befriedigenden Abschluß gebracht werden.

Huybolding. Gaulleiter Vink hat mit dem Marmorwerk einen Tarif zum Abschluß gebracht. Die Differenzen sind also beseitigt. (Den neuen Tarif in drei Exemplaren einfinden. Red.)

Wöblich. Die Einigungsverhandlungen sind gescheitert. Herr Georg Bauer beabsichtigt — um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen — an einzelnen Positionen des bis jetzt bestehenden Tarifs 25 Proz. zu kürzen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wenja bei Leipzig. Im Betrieb Daul u. Tollert stellen die dort beschäftigten Steinmehnen die Arbeit ein. Der Betriebshaber hat schon seit Bestehen des Tarifs die Positionen recht einseitig zu seinen Gunsten ausgelegt. Zugang nach Wenja ist fernzuhalten.

Ebenstetten, Metten, Litzling und Büchelberg. Am 28. und 29. April fanden in Plattling recht eingehende Verhandlungen mit den Granitindustriellen des bairischen Waldes wegen Einführung eines Bezirkstarifs statt. Die Situation war verärgert, daß es öfters schien, als sollten die Verhandlungen direkt scheitern. Da wegen den Lohnsätzen für Metten und Ebenstetten eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen, die der Geheimen Regierungsrat Dr. Rüd. Landshut, mustergültig leitete, auf 14 Tage vertagt.

München. Die Lohnbewegung ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Unsere Kollegen nahmen vor dem Gewerbegericht den Vorschlag des Gewerbeberichters Herrn Dr. Gschler an, daß die Stundenlöhne der Steinmehnen jetzt um 3 Pfg., 1909 abermals um 2 Pfg. erhöht werden sollen. Die

Schleifer sollen jetzt 5 Pfg. mehr erhalten und 1909 abermals eine Zulage von 2 Pfg. Jetzt wird in weiteren Verhandlungen über den Spezialtarif beraten.

Rohrbach (Oberpfalz). Für 80 Plastersteinarbeiter konnte am 4. Mai ein Tarif mit annehmbaren Lohnerhöhungen abgeschlossen werden. Es kommt die Firma Schwieger, Regensburg, in Frage.

Vahrenth. Die Granitarbeiter sind am 1. Mai in den Streit getreten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Freiburg (Baden). Die Lohnbewegung ist noch nicht beendet. Die Firma Nebmann ist gesperrt.

Sachsen (Sachsen). Bei der Firma F. B. Neumann (Inhaber Ras, Wörlitz) sind die Kollegen am 30. April in den Streit getreten.

Bremen. Plass Werth ist gesperrt. Der Firmeninhaber will Steinmehnen nur vom Arbeitsnachweis der Schafsmacher beziehen.

Oesterreich. Im Streit stehen die Kollegen in Algersdorf. Gesperrt ist Bodenbach und Umgebung, Böhm.-Ramin (Firma Gahnel), Görtau, Heinrichsgrün, Nikolsburg, Dmütz, Wien und alle Orte in Oester.-Schlesien.

Schweiz. Gesperrt ist für Sandsteinhauer Basel, Baden, Mägenwil, St. Margarethen sowie Mendrisio, für Kunststeinarbeiter Arbon, Zürich.

Nach allen diesen Orten ist Zugang strengstens fernzuhalten.

Streikklausel und Lohnklausel.

II.

ig. Der Grundgedanke der Lohnklausel im heutigen Sinne ist der, daß behördliche Organe in ihrer Eigenschaft als Vergeber von Arbeitsaufträgen gewisse Grenzen für die Ausbeutung der Arbeiter durch den oder die Unternehmer ziehen. In diesem Sinne ist die Lohnklausel noch nicht alt und sie stammt, wie so mancher gute sozialpolitische Gedanke, aus England. Man kann unschwer erkennen, daß sie also wenig mit den Lohntagen zu tun hat, die wir im Zeitalter der Zünfte hatten, wo die Behörden, geistliche und weltliche Fürsten, mehr aber „ehrbare Räte“, die Normen für die Entlohnung, wozu auch die Beföstigung gehörte, festlegten. Diese alten Lohntagen unterscheiden sich von der modernen Lohnklausel durch zweierlei, nämlich dadurch, daß sie nicht von Vergebern von Arbeitsaufträgen, sondern von obrigkeitlichen Gewalten aufgestellt wurden; die Lohntagen galten nicht nur für städtische oder staatliche Arbeiten, sondern für die ganze Tätigkeit des betreffenden Gewerbes; zweitens dadurch, daß sie nicht die oberste Grenze der Ausbeutung, sondern deren unterste Grenze festlegten. Die Lohntagen bestimmten meistens die Maximalgrenzen des Lohnes, die Lohnklausel soll die Minimalgrenze des Lohnes (und die Maximalgrenze der Arbeitszeit) bestimmen. Das ist der Unterschied zwischen der mittelalterlichen und der modernen Lohnpolitik. In ihm verkörpert sich der Wandel unserer Produktionsformen, verkörpert sich die gewaltige Bedeutung, die die arbeitenden Klassen für unser heutiges Wirtschaftsleben erlangt haben.

In ihrem Ursprungsland England ist die Lohnklausel schon weit verbreitet, natürlich mußten auch dort die Arbeiter Kämpfe dafür führen. Zuerst, im Jahre 1884, gelang es den Londoner Schriftsetzern, bei den Behörden durchzusetzen, daß diese die Lieferanten verpflichteten, die im Gewerkschaftstarif aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Dem folgten in den folgenden Jahren die Ministerien für Armee und Marine für die Lieferanten der Bekleidungsstücke, der Londoner Schulrat, der Londoner Craftsmansrat und andre große Behörden. Außerst wichtig war die Stellung des Parlaments in dieser Frage. Auf Veranlassung der Arbeiterorganisationen beschäftigte es sich mit den üblen Begleiterscheinungen des Submissionswesens (nämlich dem Sweating-System, die Weitervergebung von Aufträgen an andre Unternehmer), und das Unterhaus faßte im Jahre 1891 folgenden Beschluß:

Es wird beschlossen, daß es nach der Ansicht dieses Hauses Pflicht der Regierung ist, in sämtlichen von ihr abgeschlossenen Lieferungsverträgen gegen die in jüngster Zeit neuerlich von dem Sweating-Committee ermittelten Uebelstände Vorkehrungen zu treffen und zu diesem Behufe in die Verträge Bedingungen aufzunehmen, welche geeignet erscheinen, die aus dem Weitergeben von Lieferungen entstehenden Mißbräuche hintanzuhalten, sowie alles aufzubieten, um die Zahlung solcher Arbeitslöhne zu sichern, wie sie in jedem Gewerbe gemeinlich für die berufsmäßig ausgebildeten Arbeiter als üblich gelten.

Diese Resolution ist unter dem Namen Fair-wages-Resolution bekannt, und sie hat auf die Stellung der englischen Behörden einen großen Einfluß ausgeübt. In fast sämtlichen staatlichen Verwaltungen hat man sich die darin niedergelegten Gedanken zu eigen gemacht, und diesem Beispiel sind annähernd mehr als 500 Ortsbehörden gefolgt, so daß das Prinzip der anständigen Lohnklausel in England nahezu allgemein durchgeführt ist. Man kann sich dabei eines Rückschlusses auf Deutschland kaum enthalten. Wie viele Resolutionen hat nicht unser Reichstag schon gefaßt, ohne dadurch mehr als die Fütterung der ministeriellen Papierfôrbe erreicht zu

haben! Was gilt unsern Regierungen, unsern Verwaltungen eine Reichstagsresolution? Dor laß ich oewer! denken sie und fahren dabei ganz gut. In England hat eine Parlamentsresolution ein ganz andres Gewicht, und darin dokumentiert sich wieder einmal der mit einem Scheinparlamentarismus nur schlecht verhüllte Absolutismus in deutschen Landen.

In Frankreich war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein altes aus dem Jahre 1837 stammendes Dekret in Kraft, das es ausdrücklich ausschloß, in die behördlichen Lieferverträge Klauseln aufzunehmen, die die Unternehmer auf bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegte. Auf Drängen des Pariser Gemeinderats (hinter dem die Pariser Arbeiterorganisationen standen) mußte dies Dekret fallen, und bevor die Kammer dazu kam, die Frage gesetzlich zu regeln, erließ die damalige Regierung Waldeck-Rousseau-Millerand ein neues Dekret, das für alle staatlichen Arbeiten obligatorisch, für die Departements und Gemeinden fakultativ ist. Nur eine Bestimmung gilt für alle behördlichen Arbeiten, nämlich das ausdrückliche Verbot der Affordarbeit. Die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Dekrets sind:

Die Lastenhefte der Verträge über öffentliche Arbeiten oder Lieferungen, die im Namen des Staats im Wege der Unterbietung oder freihändig eingegangen werden, müssen Klauseln enthalten, durch die sich der Unternehmer verpflichtet, in bezug auf die Arbeit, die bei diesen Arbeiten oder Lieferungen auf den eingerichteten Bauplätzen oder in den Werkstätten oder aus Anlaß der Ausführungen des Vertrages geleistet wird, die folgenden Bedingungen zu beobachten:

1. Es ist den Arbeitern und Angestellten ein Ruhetag in der Woche zu gewährleisten.

2. Es sind ausländische Arbeiter nur in einem Verhältnisse zur übrigen Arbeiterzahl anzustellen, das von der Verwaltung nach der Natur der Arbeiten und der Gegend, wo sie ausgeführt werden, bestimmt wird.

3. Es ist den Arbeitern ein Normallohn zu zahlen, der für jeden Beruf und in jedem Beruf für jede Arbeiterkategorie dem Lohnsatz gleich ist, der in der Stadt oder Gegend, wo die Arbeit ausgeführt wird, gangbar ist.

4. Es ist die Dauer der täglichen Arbeitszeit auf die normale Arbeitsdauer zu beschränken, die für jede Kategorie in der betreffenden Stadt oder Gegend gebräuchlich ist.

Die Festsetzung oder Prüfung des normalen und gangbaren Lohnsatzes und eines solchen Arbeitstages soll durch die Verwaltung erfolgen, die verpflichtet ist, sich soviel als möglich auf die etwainigen Vereinbarungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden zu beziehen und mangels eines solchen Einverständnisses gemischte Kommission einzusetzen und sachdienliche Erkundigungen einzuholen. Insbesondere sind Erkundigungen einzuziehen bei Fachvereinen und Gewerbevereinen und zu Kommissionsmitgliedern sollen vorzugsweise gewählt werden: Besitzer von Gewerbebetrieben der fraglichen Gewerbe, Präsidenten, Sekretäre und Mitglieder von Arbeiter- und Unternehmerverbänden.

Damit ist das Prinzip der Lohnklausel für alle staatlichen Arbeiten und für viele Arbeiten der Gemeinden usw. durchgeführt, denn viele Städte, und natürlich besonders die größten, wie Paris, Boulogne, Bordeaux, Cherbourg, Dijon, Le Havre, Lyon, Marseille, Nancy, Rouen und Toulon sind dem guten Beispiel gefolgt.

In Belgien hat sich die Regierung im Jahre 1896 dazu verstehen müssen, in die Bedingungen für die Vergabe öffentlicher Arbeiten die Bestimmung aufzunehmen, daß kein geringerer als der im Angebot angegebene Lohn gezahlt werden darf. Die Arbeiter erhalten Karten, worauf die gezahlten Löhne vermerkt sein müssen, die Beamten haben das Recht der Kontrolle. Später ist die Verordnung dahin abgeändert worden, daß die in Frage kommende Verwaltung den Mindestlohn vorschreibt.

In Holland ist die Frage der Lohnklausel nicht einheitlich geregelt, jedoch haben die meisten Städte Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten festgesetzt. Die staatlichen Submissionsbedingungen enthalten meistens aber nicht immer Vorschriften über Lohn und Arbeitszeit, die an den Arbeitsplätzen angeschlagen sein müssen.

In der Schweiz haben die Kantone Genf und Zürich Lohnklauseln aufgestellt, indem sie die Unternehmer von öffentlichen Arbeiten ausschließen, die nicht die üblichen Löhne zahlen. Als üblich gelten die Löhne, die etwa von den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer vereinbart sind.

Ähnlich ist es in Italien, wo bei staatlichen Arbeiten die zehnstündige Arbeitszeit als Maximum vorgeschrieben ist. Einige Provinzialverwaltungen und mehrere Städte haben auch Bestimmungen über den Lohn, wobei sie sich auf etwaige Vereinbarungen zwischen den Organisationen beziehen. (Schluß folgt.)

Situationsbericht über den Hamburger Streik.

Die übermühten Steinmehnenmeister Hamburg-Altonas haben abermals alle Zugeständnisse für die Steinmehnen, Gauer und Schleifer abgelehnt. Unverhohlen erklärte der Vorsitzende, der Steinmehnenmeister Herr Reimer, in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung: „Wir wollen nicht!“ Die Kollegen sollten sich dem Veto der Herren fügen, die in ihrem unwürdevollen Kraftmeiertum glauben, ihre tyrannische Laune sei allein maßgebend. Es wurde uns in der letzten Sitzung eröffnet, daß man alles

tun werde, um arbeitswillige Steinarbeiter aller Kategorien heranzuziehen. Wir warnen alle organisierten Kollegen, Arbeit irgendwelcher Art nach Hamburg anzunehmen. Es ist von obengenannter Vereinigung eine Gesamtaussperrung der Hamburger Bauarbeiter angebrocht worden. Dem Nachteil der Hamburger Scharfmacher ist dies zuzutrauen. Die hiesige Bauarbeiterschaft sieht den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen. Zur Aufklärung diene den Kollegen, daß die jetzt bestehenden Löhne in keiner Weise ausreichend sind. Im Sandstein sind es nur wenige Auserwählte, denen die Möglichkeit gegeben ist, im längsten Teil des Jahres zu arbeiten. Die Arbeitslosigkeit unter den Steinarbeitern grassiert im ganzen Jahre und selbst in der besten Konjunktur gibt es hier Arbeitslose, denn alle Arbeiter kommen fertig aus den Brücken an und nur Verfehrarbeiten sowie kleine, meist nebensächliche Arbeiten, werden am Orte ausgeführt. Daher kommt es, daß Jahreslöhne von 800 bis 1000 Mark nicht zu den Seltenheiten gehören. Nicht ganz so schlimm haben die Marmorhauer und Schleifer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Da für erstere 20 Pfg. und für letztere gar 30 Pfg. weniger Stundenlohn gezahlt wird als für Sandsteinmehrer, ist es erklärlich, wenn die Marmorarbeiter einen Ausgleich wünschen. Für 300 bis 350 Mark Jahresmiete erhält man Wohnungen, die entweder stundenweit von der Stadt und den Arbeitsplätzen abwärts liegen, oder die Wuden darstellen, die eben nur in einer Großstadt möglich sind. Die Nahrungsmittelpreise erreichen eine Höhe, daß tatsächlich bei größerer Familie ohne Nebeneinkommen der Hunger und die Unterernährung an der Tagesordnung sind.

Darum halten wir es für unsere Pflicht, unsere Stimme warnend vor den Lockungen etwaiger Arbeitsangebote erheben zu lassen. In den bis jetzt stattgefundenen Versammlungen der einzelnen Organisationen wurde uns die Sympathie der Genossen zuteil und die Berechtigung unserer Forderung anerkannt. Der Kampf kann hart und langwierig werden. Wir stehen fest, und sind Streikbrecher nicht aufzutreiben, so muß der Sieg unser werden. Darum achte jeder Steinarbeiter darauf, wenn das Unternehmertum seine Agenten nach allen Himmelsrichtungen ausschweifen läßt, daß keiner diesen Seelenverkäufern in die schmutzigen Finger fällt und so zum Verräter an den eigenen Arbeitsbrüdern wird. Hoch die Solidarität!

Die streikenden Steinarbeiter von Hamburg I und II.

Zum Streik in Bayreuth.

Um den Fichtelgebirgstarif abzuwehren, haben am 1. Mai die Kollegen in Bayreuth die Arbeit niedergelegt. In sieben Zahlstellen des Fichtelgebirgs kämpften wir im vorigen Jahre, um den Tarif zu erhalten; in Bayreuth legen die Kollegen die Arbeit nieder, um diesen Tarif nicht aufzugeben. Wie reimt sich das zusammen? Wird wohl die Frage vieler Kollegen sein. Diese Frage zu lösen, soll der Zweck nachstehender Zeilen sein.

Die bisherige Entlohnung der Kollegen in Bayreuth geschah bis jetzt so ungefähr nach dem Fichtelgebirgstarif, nur mit dem Unterschied, daß ein Stundenlohn von 31 bis 36 Pfg. auf alle Fälle garantiert war. Es sei hier gleich bemerkt, daß die Kollegen am hiesigen Orte das Akkordsystem bei allen Gelegenheiten sehr scharf bekämpfen. Der Fichtelgebirgstarif entbindet die Unternehmer von der Anschaffung und Schärpen des Werkzeugs fast vollständig. In Bayreuth aber war dies bis jetzt vollständig Sache des Arbeitgebers. Bedeutet die Einführung des Fichtelgebirgstarifs bei Stundenlöhnen von 31 bis 36 Pfg. für Steinmehrer noch eine Verschlechterung? Diese Frage muß ganz entschieden bejaht werden. Wir wollen dies gleich auch beweisen. Am 31. März legte uns die hiesige Firma den Fichtelgebirgstarif mit folgenden Worten vor: „Seute, wie ihr wißt, läuft am 1. Mai d. J. unser Vertrag (der oben erwähnte garantierte Stundenlohn auf alle Fälle) ab. Ich habe lebhaft mit der Konkurrenz des Fichtelgebirgs zu rechnen. Um nun aber mit diesen Unternehmern die Konkurrenz aufnehmen zu können, bin ich gezwungen, ab 1. Mai dieses Jahres den Fichtelgebirgstarif einzuführen.“ Diese Worte heißen also auf deutsch: Die von mir bezahlten Löhne sind entschieden zu hoch, sie müssen gekürzt werden. Der Beweis, daß der Fichtelgebirgstarif für unsere Kollegen eine Verschlechterung bedeutet, dürfte damit wohl erbracht sein. Eine weitere Verschlechterung besteht ferner darin, daß die Kollegen in Bayreuth jetzt sich das Geschirr anschaffen sollen und für die weitere Instandhaltung aufkommen müßten. Gewiß eine zeitgemäße Anforderung an die Arbeiter. Oder? Daß eine solche Forderung an Arbeiter, die 10 bis 30 Jahre ihre Arbeitskraft ein und derselben Firma in der weitgehendsten Weise zur Verfügung stellen, große Erbitterung hervorruft, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

In einer der nächsten Nummern des Steinarbeiters werden wir versuchen, eine Besprechung des Fichtelgebirgstarifs gegenüber dem Stundenlohn zu unternehmen. Daß der Kampf, den wir aufgenommen haben, ein schwerer ist, dessen sind wir überzeugt. Die Arbeit haben sämtliche Kollegen (28), ebenso sämtliche Schleifer (29) niedergelegt. Die Schleifer gehören dem Bauhilfsarbeiterverband an. Neben der Abwehr des Fichtelgebirgstarifs gilt es auch, den gewiß nicht hohen Stundenlohn der Steinmehrer zu erhöhen. Die Forderung lautete hierzu, den Stundenlohn von 36 auf 42 Pfg. zu erhöhen. An der Verhandlung mit dem Unternehmer nahm auch Siebold vom Zentralvorstand teil. Wie immer, waren wir auch hier bei den Unterhandlungen bescheiden genug, diese Forderung dahingehend zu reduzieren, daß der Höchststundenlohn der Steinmehrer ab 1. Mai dieses Jahres 38 Pfg. betragen soll. Dieser Vorschlag schaltete vollständig aus, war die Antwort des Unternehmers. Ob dem so wird, wird sich die Zukunft lehren. Die Kollegen in Bayreuth wehren sich also gegen den Bezirkstarif deshalb, weil sie ungeheure Lohnreduzierungen nicht in Kauf nehmen wollen. Jeder objektiv denkende Mensch wird uns darin recht geben.

Kommt es im Bayrischen Wald zum Konflikt?

Die Tarife in den Zahlstellen des bayrischen Waldes sind schon vor 4 Wochen abgelaufen. Die Unternehmer kündigten die Verträge meist selbst. Unsere Kollegen hatten mit dieser Tatsache bereits gerechnet, und so beauftragten sie den Kollegen Mittenmeier, einen spezialisierten Tarif mit Glieder- und Flächenberechnung auszuarbeiten. Der Beauftragte kam dieser Aufforderung nach, aber die Unternehmer wollen von einem „solchen“ Tarif nichts wissen. Die Kollegen im bayrischen Wald sind mit Recht über die Taktik der Unternehmer beunruhigt, denn es hat den Anschein, als sollten Lohnkürzungen für einzelne Orte ins Auge gefaßt sein.

Am 28. und 29. April tagte nun abermals in Plattling eine Unterhandlung mit den Unternehmern; eine Verhandlung am selben Orte verlief am 18. April ohne Resultat. Die Unternehmer sind im bayrischen Granitindustriellenverband organisiert; erster Vorsitzender ist Herr Kerber-Haugenberg. Als Wortführer der sechs erschienenen Unternehmer fungierte in Plattling Herr Architekt Schönemann-Windchen. Vom Steinarbeiterverband waren erschienen die Vertrauensleute der in Frage kommenden Zahlstellen, Gauleiter Mittenmeier und vom Zentralvorstand Staudinger. Baugewerkschaftsdirektor Kempf-Passau, der anscheinend als technischer Beirat den Unternehmern zur Seite stehen sollte, war am Erscheinen diesmal verhindert. Die Arbeiter begrüßten es mit Freuden, daß die Verhandlungen der Gewerbeinspektor und Geheimer Regierungsrat Herr Dr. Mühl-Bandshut leitete. Unternehmenseits

wurde eine Tarifvorlage vorgelegt, die zur Unterlage der Verhandlungen diente.

Auch die Arbeitgeber waren mit uns der Anschauung, daß ein Bezirkstarif für den ganzen bayrischen Wald abgeschlossen werden müsse. Selbstverständlich ließ die bayrische Granitindustriellen-Gesellschaft (Eich Regensburg) erklären, sie nehme an den Beratungen nicht teil. Die Verhandlungen wurden zwar äußerst sachlich geführt, aber auf beiden Seiten war die Meinung vorhanden, daß endgültig in Plattling der Bezirkstarif nicht zustande käme. Wir verkennen nicht, daß bei der Einführung eines Bezirkstarifs die eine oder andere Zahlstelle ein Opfer bringen muß, in diesem Falle aber stellten sich für die Kollegen in Metten und Edenstetten ungeheure Lohnreduzierungen heraus, so daß der Abschluß eines Bezirkstarifs dadurch sehr gefährdet erscheint. Nicht verschwiegen soll sein, daß die Steinarbeiter von Litzling und Haugenberg, durch die Vorlage wesentliche Vorteile erreichen würden. Niemand kann aber den Steinarbeitern von Metten und Edenstetten zumuten, den Bezirkstarif mit ungeheuren finanziellen Schädigungen zu erkaufen. Bei den Stufen- und Bodenplatten wäre ja die Lohnkürzung geradezu unerträglich.

Die Unternehmer lehnten unsern Glieder- und Flächenstarif ab. Interessant aber ist es, daß sie sich in ihrer Vorlage teilweise auf Glieder- und Flächenberechnungen stützen müssen. Das allein ist schon ein Beweis, daß unsere Vorlage hätte akzeptiert werden können. In der Verhandlung am 18. April meinte der Baugewerkschaftsdirektor Herr Kempf: „Die Glieder- und Flächenberechnungen würden im bayrischen Wald die Steinarbeiter nicht verstehen!“ (?) Aber mit Verlaub, Herr Direktor, warum werden diese Tarife anderswo verstanden? Indirekt sollte damit den Kollegen im bayrischen Wald ein recht trauriges Zeugnis in bezug auf Elementarbildung ausgesprochen werden. Würde ein solcher Tarif eingeführt sein, wir können bestätigen, die Kollegen hätten sich mit „Fügigkeit“ in die Berechnungsart gefügt. Ob bei den Unternehmern dasselbe der Fall sein würde, wagen wir nicht zu behaupten. — Rechnen können auch diese Herren, aber am Bezahlen würde es hapern.

Eine Arbeitszeitverkürzung konnte nicht herausgeschlagen werden. Staudinger begründete diesen Punkt ausführlich, Herr Schönemann alterierte sich über die zu langen Ausführungen, er mußte sich aber dabei vom Vorstandsvorsitzer eine gründliche Abfuhr gefallen lassen. Nach langer Debatte wurden kleinere Zugeständnisse auf Stufen und Boden erreicht. Nun verlangten die Unternehmer, es sollte der Tarif, also der materielle Teil, mit weit über 50 Positionen en bloc angenommen werden. Dieses Ansinnen wurde von den Arbeitern glatt abgelehnt. Die Unternehmer mußten es eilig haben, denn sie rückten mit der Vorlage erst eiliche Tage vor dem Verhandlungstermin heraus und es sollte mit Autogeschwindigkeit alles unter Dach und Fach gebracht werden. Mit andern Worten, die Kollegen sollten so ziemlich „unbefehlt“ den Tarif „schlucken“. Kollege Mittenmeier hatte in aller Eile noch eiliche Vergleichen aufgestellt und gefunden, daß bei vielen Positionen unannehmbare Kürzungen für den oberen bayrischen Wald eintreten würden. Diese einwandsfreie Feststellung wirkte unternehmerseits recht unliebsam, so daß sie Gegenstellungen machten und Herr Schönemann betonte mit Freuden, es träten auch bei einigen Positionen Erhöhungen ein. Diese Verbesserungen waren uns allerdings nicht entgangen, aber die Verschlechterungen sind eben zu ungeheuerlich.

Die Arbeitervertreter erklärten am 29. April nachmittags, daß sie eine Aussetzung der Verhandlung um 14 Tage beantragen müßten. Die Stimmung sei zu stark gereizt, überdies müßte eine Formel gefunden werden, daß für Metten und Edenstetten absolut keine Verschlechterung eintreten dürfe. Die Unternehmer mußten wohl oder übel unserem Antrage zustimmen.

Zum Schluß nahm Staudinger das Wort, um in eindringlicher Weise darzulegen, daß auch wir an einem friedlichen Ausgleich ein großes Interesse hätten. Daß unsere Organisation ein Machtfaktor geworden, gehe daraus hervor, daß in Plattling zwei Tage lang unter dem Vorsitz eines hohen Regierungsbeamten über die Tariffrage verhandelt wurde. Er sei selbst im bayrischen Wald aufgewachsen und freue sich ungemein über den Fortschritt der Arbeiterorganisation in den letzten zwei Jahren. Hedner dankt Herrn Dr. Mühl in ungeschminkter Weise für sein äußerst objektives Verhalten. Herr Kerber tat für die Unternehmer dasselbe. Auch Herr A. betonte, alles zu tun, um den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die Arbeiter sind sich dessen bewußt, daß in den nächsten Wochen im bayrischen Wald eine wichtige, vielleicht für die dortige Granitindustrie die wichtigste Entscheidung fällt. In Plattling operierten die Unternehmer öfters in kategorischer Weise mit dem Satz: „Es gibt nicht mehr, das müße angenommen werden.“ Solche Drohungen verblüffen uns nicht. Würden die Arbeiter dieselbe Meinung haben, dann wären die Verhandlungen für die Zukunft so ziemlich überflüssig.

Die Granitarbeiter ganz Deutschlands blicken mit gespannter Aufmerksamkeit den kommenden Dingen im bayrischen Walde entgegen. Hoffentlich können wir demnächst Gutes berichten.

Das Maifest der Arbeiterklasse.

Trotz Hohn und Spott der Feinde, trotz aller Unterdrückungsbestrebungen des Unternehmertums ist wiederum das Maifest der Arbeiter bedeutsam und würdig verlaufen.

Wehr noch als in früheren Jahren haben die Unternehmerverbände ihre hochmütigen Aussperrungsdrohungen ergehen lassen. Gleichwohl zeigen die Nachrichten, die über den Verlauf des 1. Mai in den verschiedenen deutschen Landesteilen sowie vom Ausland einliefen, daß die Arbeiterklasse ihr eigenes geschaffenes Fest hoch in Ehren hält und mit kraftvoller Begeisterung für die großen Gedanken des Arbeiter-Maifesttags auf den Plan tritt. Mögen auch die herrschenden Mächte des Kapitalismus sich geltend machen in den Möglichkeiten der Form und des Umfangs der Festveranstaltungen — die Ideale des 1. Mai sind lebendig, sie sind durch keinerlei brutale Gewalt aus dem Herzen des arbeitenden Volkes zu reißen, sie sind auch in diesem Jahre wieder zu einer schönen und sieghaften Kundgebung gelangt. Und überall hat die deutsche und die internationale Arbeiterklasse ihren Willen fest bekundet, unablässig fortzukämpfen für die erhabenen Kulturforderungen der Arbeiterbewegung: Für den Achtstundentag! Für die leibliche und geistige Kräftigung des Proletariats! Für das gleiche Recht im Staat! Für den Völkerverfrieden! Für den Sozialismus!

Nachstehend geben wir die Einsendungen bekannt, soweit sich unsere Kollegen an der Maifeier beteiligten:

Bad Nibbing. Die Arbeiter des Marmorwerks, 50 an der Zahl, begingen die Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe.

Berlin I und II. Laut Vorwärts beteiligten sich 700 Kollegen an der Maifeier. In der Zahlstelle II wurden 28 Mann ausgesperrt. Von den Zahlstellen ging der Redaktion des Steinarbeiters ein Bericht leider nicht zu.

Bremen. Die Maifeier konnte in diesem Jahre durch die angeordnete 10tägige Aussperrung nicht geschlossen durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Auf einigen Plätzen ruhte die Arbeit aber trotzdem. Das Marmorgeschäft von Werth u. Co. hat sämtliche Kollegen wegen der Maifeier entlassen, die Bremer Steinarbeiter werden diesen Schlag zu parieren wissen.

Demitz-Thumitz. Auch in diesem Jahre wurde der Maifesttag des Proletariats hier gefeiert. Etwa 90 Kollegen, teilweise

mit ihren Frauen, beteiligten sich nachmittags am gemeinschaftlichen Spaziergang nach Neu-Schmölln.

Frankfurt a. M. Es beteiligten sich 22 Mann an der Maifeier.

Gorfau bei Strahlen. Hier ruhte am 1. Mai die Arbeit vollständig. In Strahlen selbst wurde die Feier am 3. Mai (?) begangen.

Gröba bei Riesa. Die Steinarbeiter von Gröba feierten alle den 1. Mai. Die Kollegen machten einen Ausflug nach Meißner, wo sie von den dortigen Steinarbeitern an der Dampfschiffstation empfangen wurden. Die Stimmung war eine fröhliche, die Gröbaer versprachen, im nächsten Jahre wiederzukommen.

Herrford. Die Arbeitsruhe war hier allgemein.

Kappelrobeck. Der 1. Mai wurde mit Arbeitsruhe gefeiert, vormittags wurde ein Festzug veranstaltet, darauf war Versammlung in Waldbum. Kollege Weinbl sprach über die Bedeutung des 1. Mai. Als italienischer Referent war Genosse Giniselli aus Zürich erschienen; er hielt ein einstündiges Referat, welches mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Leipzig I. Die Feier verlief schön. 178 Kollegen nahmen am Demonstrationzug teil.

Löbau. An der Maifeier beteiligten sich von den Steinmehrer 60 Mann durch Arbeitsruhe am Nachmittag.

Löwenberg und Radwiz (Schlesien). Die Kollegen unternahmen einen Ausflug nach dem Rhyberg bei Greiffenberg. Die Arbeitsruhe in den beiden Zahlstellen war allgemein.

Mainz. Der Maifesttag wurde von 20 Kollegen der Marmorbranche gefeiert.

Mannheim. 40 Kollegen ließen die Arbeit ruhen.

München. Am Maifesttag ließen 150 Kollegen die Arbeit ruhen.

Novos. An der diesjährigen Maifeier nahmen 43 Kollegen teil.

Striegau. Als eine imponante Demonstration gestaltete sich die Maifeier. In den Steinbrüchen war die Arbeitsruhe allgemein. Abends sprach Genosse Feldmann im Fürst Bismarck in gut besuchter Versammlung über die Bedeutung des 1. Mai.

Ströbel (Schlesien). An der Maifeier beteiligte sich eine große Anzahl der Beschäftigten.

Wulsdorf. Die Arbeitsruhe war hier leider keine allgemeine.

Wünschelburg. Es beteiligten sich über 80 Steinarbeiter, darunter auch viele Frauen, in Kaltwasser an der Maifeier. Genosse Merkel, Parteisekretär in Brauau, referierte über die Bedeutung des 1. Mai. Nachmittags fand der Festzug mit Musik nach dem Parteilokal Wenzels Gasthaus in Barzdorf (Böhmen) statt. Nach einem zweistündigen Aufenthalt wurde der Rückmarsch angetreten. Auch wurde uns vom Geschäft bekannt gegeben: Wer den 1. Mai feiert, kann den 2. Mai auch die Arbeit ruhen lassen. Diese Bestimmung hat unserem Beschlusse sehr wenig Einhalt getan.

Im allgemeinen haben sich die Kollegen unseres Verbands wohl zahlreicher an der Maifeier beteiligt, als wie dieses durch den Bericht zum Ausdruck kommt. Aber Zahlstellen wie Burglauer, Dresden, die sicherlich die Arbeitsruhe durchführten, haben keine Veranlassung genommen, einen Bericht einzufenden. Auf andre Zahlstellen wird dasselbe zutreffen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Gauleiteranstellung betr.

Für das Fichtelgebirge und den bayrischen Wald wird laut Kasseler Verbandstagsbeschluss ein besoldeter Gauleiter angestellt. Wir schreiben hiermit diese Stellung zur allgemeinen Bewerbung aus. Das Gehalt richtet sich nach dem Beschlusse in Kassel. Kollegen, die qualifiziert sind, diesen Posten auszufüllen, mögen bis zum 26. Mai ihre Bewerbungsschreiben einbringen. Später eingehende Offerten werden nicht mehr berücksichtigt. Ueber die Qualifikation selbst gilt die Ausschreibung, welche in der Nr. 46 Jahrg. 1907 dargelegt ist.

Der Zentralvorstand. J. A.: P. Starke.

Der erste Teil des Verbandstagsprotokolls ist bereits der Druckerei zugegangen. Die Filialen mögen die Zahl der benötigten Protokolle sofort angeben, damit die Auflage festgestellt werden kann. Das Protokoll kostet pro Exemplar 10 Pfg.

Korrespondenzen

Wede bei Gummersbach. Am 16. Dezember v. J. sind die Pflastersteinkerer und Stöber der Gummersbacher Grauwadegesellschaft, die einen Steinbruch in Frömmerbach betreibt, in den Streik getreten. Der Grund war darin zu suchen, weil der Direktor der Gesellschaft, Herr van Heubel, Lohnabzüge auf die Akkordpreise und Stundenlöhne einführen wollte. Eine Unterhandlung lebte der Direktor ab, er erklärte einfach, wenn es nicht geht, der soll sich zum Teufel scheren. 35 Kollegen legten einmütig die Arbeit nieder, und da dieselben bald Arbeit in anderen Steinbrüchen fanden, wurde der Betrieb gesperrt. Die Direktion machte nun verzweifelte Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen, doch alle Anstrengungen waren vergeblich. Um eine Einigung zu erzielen, beschloß im März eine Versammlung, daß eine Kommission und der Gauleiter mit dem Direktor verhandeln solle. Diese Besprechung fand auch statt, aber ohne jedes Ergebnis. Der Direktor erklärte: „Nieder lege ich meinen Posten nieder, als daß ich nachgebe.“ Durch Versammlungsbeschlusse wurde die Fortführung der Sperre beschlossen. Die Sperre muß aber doch den sonst regelmäßig verlaufenen Betrieb arg gestört haben, so daß sich eine Aktionärsversammlung mit dem Betriebsergebnissen etwas näher beschäftigte. Das Resultat erhielt der Gauleiter durch ein Schreiben vom 26. April mit dem Wortlaut:

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß der Geschäftsführer Herr Ferd. Trouille-Spinette aus Guy (Belgien) sowie der Direktor Herr van den Heubel aus Gummersbach mit dem heutigen Tage aus unserem Geschäftspersonal ausgeschieden sind. Es sind somit deren sämtliche Vollmachten und Befugnisse mit dem heutigen Tage erloschen.

Hochachtungsvoll
Gummersbacher Grauwade-Steinbrüche.

Am Montag, 27. April, fand in Wede eine sehr stark besuchte Versammlung statt. Da der Gauleiter wegen Unterhandlungen mit den Meistern in Köln verhindert war zu kommen, war der Kollege Link-Köln als Referent erschienen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Es fand eine sehr sachlich verlaufene Diskussion statt. Einstimmig wurde beschlossen, die Sperre bei der Grauwadegesellschaft aufzuheben und mit der neuen Direktion in Verhandlungen zu treten. Im Schlusssatzwort erwähnte Kollege Link die Kollegen, immer so einig zusammenzutreten; aller Kleinlicher Streit müsse verschwinden und jeder müsse am Ausbau des Verbandes mitarbeiten.

Weslau. Am Sonntag, den 3. Mai, tagte im Goldnen Zepfer eine von beiden Zahlstellen gut besuchte kombinierte Versammlung. Gauleiter Lohse erstattete den Bericht vom Verbandstage in Kassel. Nach kurzer Diskussion wurde dem Referenten der Dank der Versammlung ausgesprochen. Hierauf ent-

spann sich eine lebhafteste Debatte über die Einhaltung der Tarifbestimmungen seitens der Meister bzw. Poliere. Unerhört ist das Vorgehen der Firma Rauenberger, Nachf. A. Roffi. Trotz dem im Tarif der Zahlstelle II der 1. Mai als Feiertag festgelegt ist, sperrt Herr Roffi 22 Kollegen auf 14 Tage aus. Auf die Vorstellung, daß doch der Tarif den 1. Mai freigibt, erklärte Herr Roffi: „Der Tarif geht mich nichts an; ich kann machen, was ich will.“ Die Ausgesperrten werden Herrn Roffi beweisen, daß unterschriebene Tarife eingehalten werden müssen, mag der Herr auch noch so große Inserate im Generalanzeiger loslassen oder in Italien Streikbrecher werden. Kein Kollege darf vor Erledigung dieser Angelegenheit bei Roffi in Arbeit treten.

Chemnitz. In der am 28. April stattgefundenen, mäßig besuchten Versammlung erstattete Kollege Wunderlich Bericht über die Kasseler Tagung. Durch die Erwähnung des Falles Wittenmeier kontra Starke fühlten sich die am Ebelbacher Streik beteiligten gewesen und jetzt in Chemnitz arbeitenden Kollegen Neugierde und Sängern zu einer Schilderung der Ursachen dieser Niederlage veranlaßt. Die Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung vom Verbandstage fand ebenfalls nicht den Beifall der Versammlung, und wurde die Notwendigkeit und Möglichkeit dieses Unterstützungszweiges betont. Recht verwundert war man über den Umschwung Walthers in der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Wir hoffen, daß sich Walthers hierin bald bekehren möchte. Es ist schon aus manchem Saulus ein Paulus geworden; aber wir sehen nicht ein, warum hier die Wandlungsfähigkeit aufhören soll. Also, Kollege Walthers, das nächste Mal wieder als Saulus. Der Vierteljahrsbericht des Kassierers wurde richtiggeprochen. Zum Schluß kündigte der Vorsitzende einen Vortrag über Bildungsweisen an.

Grainshausen. Wie in allen Gegenden Deutschlands die Bauern um sich gegriffen hat, so auch hier. Unsere Herren Meister klagen furchtbar über Arbeitsmangel. Es sind hier zwei Geschäfte, die zusammen 20 Mann beschäftigen. Der Stundenlohn beträgt 60 Pfg. Organisiert sind alle bis auf einen Mann. Das Material kommt aus dem 2 Stunden entlegenen Stengelberg bei Wollmerhausen an der Jngst. Es sind das Kalksteine. Die Leute, welche das Material gewinnen, arbeiten nebenher noch in der Landwirtschaft und sind deshalb schlecht für die Organisation zu gewinnen. Der Tagelohn beträgt bei Brechern und Tagelöhnern 2.80 bis 3 Mk. In der Umgegend gibt es noch Sandsteinbrüche, aber es ist nichts zu tun. Die Bundesratsverordnung wird hier innegehalten. Die zehnstündige Arbeitszeit muß allerdings demnächst verkürzt werden. Die hiesigen Steinarbeiter sind außerordentlich körperlich beim wilden Akkordsystem angestrengt, so daß eine verkürzte Arbeitszeit von selbst am Platze ist. Es liegt nun an den Kollegen, in Zukunft auch die Organisationsverhältnisse recht gut zu gestalten.

Dürkheim. Unter recht traurigen Arbeitsverhältnissen haben die Steinarbeiter des Dürkheimer Bezirks noch zu leiden. Von vorchristlichen Frühstücksbuden ist nichts zu sehen; in schwarzen, finsternen und im höchsten Grade unsauberen Räumen müssen die Arbeiter ihre Mahlzeiten einnehmen. Die Arbeitsbuden, soweit überhaupt solche vorhanden, befinden sich in den meisten Betrieben in einem so miserablen Zustande, daß man sich in gebückter Stellung erst Eingang verschaffen kann. Des Weiteren kommt es auch oftmals vor, daß überhaupt keine Bude vorhanden und der Arbeiter dem Wind und Wetter mit seinen höchst ungesunden Folgen ausgesetzt ist. Aborte kann man diese Gassen, in denen man seines Lebens mitunter nicht sicher ist, kaum nennen, denn die Arbeiter, die in Bezug auf Gesundheit gewiß keine großen Ansprüche machen, berichten lieber ihre Notdurft daneben. Auch habe ich manchen Unternehmer auf das Aushängen der Bundesratsverordnung direkt aufmerksam machen müssen. Die Unfallversicherungsbestimmungen habe ich auch in manchen Betrieben besichtigt. Erweise die einzelnen Gewerbeinspektionen des Landes, daß alle diese Mängel für gewiesen wurden, ist eine merklige Besserung hierin noch nicht eingetreten. Die Kollegen mögen sich auch an dieser Stelle gefast sein lassen, daß nur eine straffe Organisation imstande ist, den Unternehmer zu zwingen, auch den gesetzlichen Vorschriften Rechnung zu tragen. Man kann getrost behaupten, daß das Unternehmertum im Dürkheimer Bezirk am rückständigsten in der Pfalz ist. Von sozialem Empfinden und von einem Verständnis von der immensen Berufsschuldigkeit keine Spur; sie sind einzig und allein nur darauf bedacht, so viel wie möglich Gewinn aus dem Markt der Arbeiter zu pressen. Diese Unternehmer haben es in Bezug auf Frivolität ihren Arbeitern gegenüber sogar soweit getrieben, trotzdem das Kündigungsverhältnis gegenseitig aufgehoben ist, einen Kollegen, der das Arbeitsverhältnis aufgelöst, bei dem Unternehmer, bei dem er in Arbeit getreten war, wieder zu entlassen. Der frühere Unternehmer hat sich direkt an die Firma gewandt, bei der er eingestellt wurde, und hat den Betriebsinhaber zu veranlassen gesucht, den Mann wieder zu entlassen. Diese Leute scheuen sich also nicht, dem Arbeiter trotz der elenden Verhältnisse, unter denen er leidet, auch noch die Arbeit zu verkümmern. Ein solches Verhalten muß jeden rechtschaffenen denkenden Menschen mit tiefer Verachtung erfüllen. Stammen muß man, wenn die Preise für die Arbeiten genannt werden; solche Unterschiede und so große Differenzen sollte man denn doch fast nicht für möglich halten. Ein Sturz, der in Norddeutschland 29.35 Mark kostete, wird hier mit 14 Mark bezahlt, und dabei ist dieses Material sehr hart. Ich habe mich oftmals gefragt: Wie ist es nur möglich, daß bei diesen Preisen die Kollegen existieren können? Aber nachdem ich die Intensität, mit der die Kollegen schaffen, zu beobachten Gelegenheit hatte, da wurde mir klar, daß sie es nur auf Kosten einer bis zur höchsten Potenz gesteigerten Ausdauer imstande sind. Den dortigen Unternehmern werden wir aber dennoch in Zukunft mehr als bisher unsere Aufmerksamkeit in Bezug auf die dort grassierenden Uebelstände schenken. Und wenn dem Verlangen der Arbeiter nicht entgegen werden sollte, dann werden wir auch hier den Weg der Selbsthilfe gehen, wenn anders die Gewerbeschutzbestimmungen nachzukommen. Aber den Kollegen sei hiermit zur ernstlichen Pflicht gemacht, auch ihrerseits streng auf die Bestimmungen zu achten und dieselben einzuhalten. F. S.

Fridenshausen. Am 26. April tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Als Referenten waren erdienenen Gauleiter Hans Mittenmeier und Kollege Sauer aus Würzburg. Die Tagesordnung lautete: Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung. Ueber den 1. Punkt referierte Mittenmeier. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Den Bericht vom Verbandstage in Kassel gab Kollege Sauer, welcher als Delegierter dort anwesend war. Er legte den Zuhörern die Hauptpunkte ausführlich und klar dar, wofür auch er lebhaften Beifall erntete. Während der Ausführungen Mittenmeiers hatte sich auch unser Bürgermeister eingefunden. Unter verschiedenen hatte er sich das Wort erbeten. Er brachte klar und deutlich zum Ausdruck, daß in manchen Betrieben keine Ordnung vorhanden sei, in andern Betrieben aber auch die größte Ordnung herrsche. Auch sei unser königl. Bezirksamtmann in dieser Sache sehr streng, weshalb er auch schon Anzeigen erstatten mußte. Kollegen von Fridenshausen, seid stets besorgt, daß in jedem Betriebe Ordnung und Reinlichkeit das erste sein muß. Vertreten waren auch die Orte Marktbrunn, Ochsenfurt und Gohmannsdorf. Ausdrücklich muß aber erklärt werden, daß die Kollegen von Ochsenfurt im Besuch von Versammlungen sehr flau sind, trotzdem sie den kürzesten Weg haben. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sie das nächste Mal nicht mehr so flau sind.

Langensalza. Am 26. April fand im Restaurant Schloßkeller eine Distriktsversammlung der Zahlstellen Krawinkel, Mühlhausen und Langensalza statt. Erfreulicher-

weise kann hier konstatiert werden, daß der Besuch ein guter war. Zum 1. Punkt: Tarifangelegenheit, gab jede Zahlstelle einen kurzen Bericht über die jetzt bestehenden Tarifverhältnisse. In der darauf folgenden Debatte äußerten sich mehrere Kollegen dahin, bei Tarifabschlüssen einheitlich vorzugehen. Auch wurde noch zur Sprache gebracht, Vorarbeiten zu einem Bezirksarbitrar zu machen, und soll hierzu eine Kommission gewählt werden (von jeder Zahlstelle drei Mann). Die Anwesenden sind der Meinung, daß der Verbandstag sehr gut beraten war, daß er Bezirksarbitrar zur Einführung empfahl. (Der Beschluß wurde schon 1906 in Nürnberg gefaßt, Redaktion.) Auch wurde das bureaukratische Vorgehen der Zentralleitung bei Lohnbewegungen gerügt. Es müßte in diesen Angelegenheiten den Zahlstellen mehr Spielraum gelassen werden. Der 2. Punkt förderte eine sehr unliebsame Angelegenheit zutage, die sich zwischen einem hiesigen Kollegen und der Zahlstelle Mühlhausen abgespielt hat. Doch wurde diese strittige Sache durch Annahme einer Resolution beseitigt. Es ist bedauerlich, daß derartige Streitigkeiten unter organisierten Kollegen noch vorkommen. An dieser Stelle sei noch erwähnt, daß sich verschiedene Kollegen etwas mehr mägen möchten, denn derartige Vorkommnisse können die Sicherheit einer Versammlung stark gefährden. Von den Krawinkel Kollegen wurde angeregt, die nächste Distriktsversammlung in Gotha abzuhalten, weil dann den Kollegen Gelegenheit gegeben ist, der Versammlung bis zum Schluß beizuwohnen. Dasselbe wurde dem Distriktsleiter überlassen. Klage wurde noch geführt über den Wertplatz Anhalt in Eisenruden, indem daselbst die Bundesratsverordnung schlecht eingehalten wird. Es wurde dem Gauleiter anheimgegeben, in dieser Sache Nemebur zu schaffen. Der Vorsitzende schloß hierauf auf Antrag eines Kollegen die stürmisch verlaufene Versammlung.

Pirna. Zu dem Versammlungsbericht von Pirna in Nr. 18 möchte ich mir einige berichtende Zeilen erlauben. Der Brief des Zentralvorstandes, welcher die Verweigerung der Streikunterstützung wegen der ersten Lage enthielt, ist mit Zustimmung des Streikkomitees dem streikenden Kollegen nicht mitgeteilt worden, weil die Bekanntgabe des Inhalts unter den Kollegen nur mißliebige Gefühle ausgelöst hätte, die schließlich den Erfolg des Streiks in Frage stellen konnten, die Unternehmer uns aber auch besser aufgetrumpft hätten. Er ist aber auch sämtlichen Vorstandsmitgliedern von Pirna bekannt gewesen. Durch die entgegengegesetzte Entscheidung des Verbandsausschusses war er ja auch vorläufig gegenstandslos geworden. Es ist aber nach Beendigung des Streiks dem Gros der Kollegen Mitteilung von diesem Vorgang geworden, wenn auch nicht offiziell. Es befinden sich auch alle Briefe von der Geschäftsleitung, die ich erhielt, in dem Besitz der Lokalverwaltung. Dann brauchte aber auch nur jeder Kollege die Tagesordnung zum letzten Verbandstage und die dazu gestellten Anträge zu studieren, um über das, was Pirna betraf, orientiert zu sein. Der Delegierte aber hat es mindestens gewußt, denn im Geschäftsbericht ist darüber geschrieben. Die Unkenntnis ist deshalb lediglich nur auf Vergeßlichkeit zurückzuführen, nicht auf mein Konto.

Die Höhe der strittigen Summe stimmt aber auch nicht. Von der Zentrale wurde verlangt, bis zur ersten Verhandlung mit den Unternehmern zu arbeiten; diese fand am 22. Mai 1907 statt. Es könnten demzufolge nur drei Tage in Frage kommen. Seidenau, 3. Mai 1908. Max Berger.

Reichenbach. Unsere Mitgliederversammlung am 18. April hätte besser besucht sein können, da doch die Berichterstattung vom Verbandstage auf der Tagesordnung stand. Zum 1. Punkt erstattete Kollege Kindinger den Bericht vom Verbandstage, welcher unter gespannter Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung entgegengenommen wurde. Die Anwesenden erklärten sich voll und ganz mit den Kasseler Verhandlungen einverstanden. Unter lebhafter Zustimmung erklärte unser Delegierter, daß die Gewerkschaften unter Unterstützung abgelehnt wurde. Beim 2. Punkt verlas der Kassierer Erbt die Abrechnung vom 1. Quartal, worauf die Referenten erwiderten, daß alles in besser Ordnung sei. Kollege Moosmüller als Revisor geißelte scharf das miserable Beitragsverhalten einiger Kollegen, welche immer im Rückstande sind. Daß hier Abhilfe geschaffen werden müsse, sei selbstverständlich. Auch wurde das Verhalten des Steinmeiers Hermann Sütter als Schärbing (Oesterreich) einer Kritik unterzogen. Dieser ist 22 Wochen im Rückstande mit seinen Beiträgen. Sütter ist nach Reichenbach abgereist, um bei Köhler zu arbeiten. Bei der Aussperrung von Kreuzer u. Höhringer hat er dieselbe schosle Rolle gespielt und ist den Kollegen in den Rücken gefallen. Aber so rasig scheint der Verdienst nicht zu sein, wie ihn Köhler in den Inseraten schildert, denn Sütter hat in sechs Wochen auf mehrmaliges Schreiben seiner Familie ganze 11 Mark geschickt. Den Kollegen wäre noch zu raten, mehr Objektivität bei den Debatten an den Tag zu legen und nicht persönliche Meibereien oben an zu setzen.

Rüthen. Am 29. April tagte hier nach einem halben Jahre wieder eine Versammlung, in der uns Kollege Herrmann ein Referat über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart hielt. In der Diskussion erwies sich, daß die Kollegen seinen Ausführungen mit Interesse gefolgt waren. Es folgte sodann die Neuwahl des Vorstandes. Als Vorsitzender wurde Kollege Anton Ehrlich, als Kassierer Kollege Wilhelm Koch gewählt. In seinem Schlusswort schilderte uns Kollege Herrmann noch die Verhandlungen vom Verbandstage in Kassel.

Wirberg. Am 2. Mai wurde der Streit der Granitarbeiter beendet, und zwar zuungunsten der Kollegen. Vom Zentralvorstand war Kollege Siebold anwesend, der den Beteiligten die Zwecklosigkeit eines weiteren Verharrens im Ausstande vor Augen führte. Die Hoffnungen, die allseitig bei Beginn des Kampfes gehegt wurden, sind nicht eingetroffen. Der einsehende flau Geschäftsgang und die traurigen Elemente, die Streikbrecher, sind schuld an diesem Ausgange. Trotzdem über 50 Mitglieder den Ort verlassen hatten, haben wir eine Niederlage erlitten. Siebold ersuchte, nun auch aus dem Kampfe die nötige Lehre zu ziehen. Die Wirberger seien nicht die ersten und nicht die letzten, die bei einem wirtschaftlichen Kampfe unterlagen. An den Kollegen liege es nun, das Gelernte zu beherzigen, und nicht vollständig zusammenzuklappen, und das Ziel, das sie sich gestellt, unentwegt zu erstreben zu suchen. Die Wirberger Unternehmer werden sich trotz ihres Sieges auf die Dauer den Anforderungen der Arbeiter nicht entziehen können. Die Kollegen waren einsichtig genug und stimmten der Beendigung zu. Ferner gelobten sie, dem Verbands treu zu bleiben. Die Nichtentstellung der noch am Orte Befindlichen ließ natürlich die kleinlichen Maßnahmen der Unternehmer erkennen; den Arbeitern freilich erweitert diese Art und Weise noch mehr den Blick. Die Kollegen sind nicht an die Betriebe mit ihren erbärmlichen Löhnen gebunden. Die meisten ergreifen Schaufel und Spade und arbeiten in der Umgebung als Erdarbeiter.

Bauarbeiterkongreß in Frankreich.

Vom 19. bis 23. April tagte in St. Etienne der französische Bauarbeiterkongreß. Das internationale Steinarbeitersekretariat in Zürich entsandete den Kollegen Kolb als Delegierten. Derselbe schreibt darüber: Wir hatten schon öfters das Vergnügen, größeren Versammlungen und Kongressen in Italien, dem Lande der Heißblütigen, beizuwohnen, jedoch müssen wir zum vornherein erklären, daß wir noch nie solche Tumulte erlebt, wie dies in St. Etienne der Fall war. Sehr begreiflich ersahen es uns dann allerdings sofort, daß kein Präsidium länger als einen halben Tag in Funktion war, denn dieses Amt war bei solchen Verhältnissen nur allzu sehr geeignet, die Gesundheit der leidenden Personen auf die Probe zu stellen. Und doch, wenn wir die Bewegung der Or-

ganisation in Frankreich in den letzten Jahren verfolgen, so müssen wir konstatieren, daß sich eine starke Bewegung zur Aenderung derselben bemerkbar macht. Wohl waren noch einige Syndikalisten anwesend, welche durch lähmende Szenen einen Fortschritt auf gewerkschaftlichen Bahnen hemmen wollten, aber sie blieben diesmal in der Minderheit und es hätte auch manchmal nicht wenig gefehlt, so wären sie ganz von den Verhandlungen ausgeschlossen worden.

Aus den Verhandlungen war deutlich zu ersehen, daß es allerorts als eine absolute Notwendigkeit befunden wird, die Politik des Auslandes nachzuziehen, und wenn man auch erst von Anträgen sprechen kann, so war doch ersichtlich, daß ein anderer Ausweg nicht gefunden werden konnte. Aus unsern Beobachtungen konnten wir entnehmen, daß heute der Daud der Unternehmer gegen die Organisation ein bedeutend stärkerer geworden ist als in den letzten Jahren und dadurch die Arbeiter eben einsehen lernen, daß ihre syndikalistische Politik im Kampf nicht mehr ausreicht; sie sind bereit, sie zu ändern, aber bis sie auf dem gleichen Standpunkte stehen werden wie wir in der Schweiz und in andern Ländern, werden wohl noch einige Jahre vergehen. Die von den Vertretern der Schweiz und Italien erteilten Ratsschlüsse fielen allerdings nicht auf unfruchtbaren Boden, sie wurden von den Delegierten mit Freuden angenommen.

Wir gehen nun zu den gefassten Beschlüssen über und so unglaublich dieselben in ihrer Rückständigkeit auch erscheinen mögen, halte man sich stets die bisherigen Verhältnisse in Frankreich vor Augen, und man wird begreifen, daß wir sie als befriedigend bezeichnen.

Anwesend waren 107 Delegierte, sowie ein großer Teil der Sekretäre der Bourje du Travail. Aus dem Kassabericht resultieren als Barbestand 2500 Frank. Die Einnahmen belaufen sich pro Quartal auf 10 000 bis 11 000 Frank. Für Streiks hatte der Verband bis heute noch nichts ausgegeben, da er keine Streikkasse besitzt und die hierzu nötigen Gelder stets aus freiwilligen Sammlungen zusammengebracht wurden. Die Ausgaben des Verbands erstreckten sich deshalb nur auf Agitation und Verwaltungskosten.

Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit referierte der Verbandssekretär, indem er auf die in letzten Jahren in dieser Hinsicht gemachten Fortschritte hinwies und speziell die Landesdistrikte ersuchte, in dieser Beziehung zukünftig mehr zu wirken. Es wurde dann auch beschlossen, bei allen Eingaben an die Unternehmer die Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung von Minimallöhnen aufzunehmen.

Die Verbandszeitung Travailleur du Batiment wurde obligatorisch erklärt; es wurde ferner ein Statut festgelegt, aus dem wir nur auf einen für Frankreich neuen Punkt hinweisen möchten, nämlich denjenigen, daß alle Streiks vor Ausbruch vom Zentralkomitee genehmigt sein müssen. Die Annahme dieses Artikels allein bedeutet nämlich für die französische Organisation eine ganze Umwälzung, die sich gewiß noch keiner vor zwei Jahren geträumt hätte.

Ferner werden einheilige Quittungstabellen angeschafft. Ein heiler und auch aufregender Punkt der Tagesordnung war der vorliegende Antrag auf Einführung einer Streikversicherung. Die bezüglichen Debatten wollten sowohl an Dauer als an Heftigkeit kein Ende nehmen. Ein großer Teil der Delegierten wollte von einer solchen Kasse nichts wissen, trotzdem das Zentralkomitee an Hand von Beweisen die Notwendigkeit derselben demonstrierte. Der Zentralvorstand stellte den Antrag auf einen Beitrag von 10 Cents pro Monat. Nach achtstündiger Diskussion wurde dann schließlich mit großer Majorität prinzipiell der Gründung der Streikkasse zugestimmt, jedoch in weiteren Verhandlungen der Beitrag auf 5 Cents pro Monat festgesetzt.

Uns erscheint ein solcher Beschluß gewiß lächerlich, für Frankreich aber bedeutet er einen gewaltigen Schritt vorwärts, denn nachdem nun einmal die Einführung der Kasse genehmigt ist, bedarf es gewiß nur kurzer Zeit, um dieselbe auf eine richtige Basis zu bringen, und daß die Arbeiter bald zu dieser Einsicht kommen werden, zeigt uns am besten der rasche Fortschritt der Organisation der Unternehmer; denn in Frankreich ist es nicht so weit, daß die Meister von den Arbeitern lernen, ihre Organisation auszubauen, sondern es ist umgekehrt, die Arbeiter müssen von den Meistern lernen.

Aus der Diskussion über die Internationalität war wiederum zu ersehen, daß die Organisationen wohl in der Theorie wissen, was Internationalität ist, jedoch von der praktischen Betätigung keine Ahnung hatten; selbst den Sekretären mangelte solche Kenntnisse. Immerhin wurde einstimmig (und dies dürfte wohl der einzige Beschluß sein, der einstimmig gefaßt wurde) beschlossen, allen internationalen Sekretariaten beizutreten und alle Pflichten gegenüber dem Auslande zu erfüllen.

Dies die wichtigsten Beschlüsse. Es diene noch weiter zur Kenntnis, daß der Verband über 300 Sektionen zählt und über 39 000 Mitglieder. Der gegenwärtige Verbandsbeitrag beträgt 15 Centimes pro Monat.

So liegen die Verhältnisse in Frankreich und wenn sie auch unsererseits noch als äußerst traurige empfunden werden, so können wir uns mit dem Gedanken trösten, daß der Bauarbeiterverband im Begriffe steht, seine Organisationen in richtige, gesunde Bahnen zu lenken.

Rundschau.

Die Kölner Steinmetzmeister traten in Gesamtheit bei der dortigen Bauarbeitervereinigung bei. Wenn sich die Herren auf einmal so schnell organisieren, so ist lediglich daran schuld, daß unsere Kollegen in Lohnbewegung lebten.

Submissionsblüte. Die kürzlich erfolgte Eröffnung der auf die Ausführung der Arbeiten in Los 6 der Eisenbahnbaufrede A u m l a n d — A l e n d o r f eingegangenen Angebote hatte folgendes Ergebnis: Das niedrigste Gebot gab die Firma Breuer-Matburg mit 485 221 Mark, das Höchstgebot eine Firma in Werne mit 1 060 969 Mark ab; außerdem waren noch sechs Angebote eingegangen, die sich zwischen 500 000 bis 600 000 Mark in normalen Grenzen halten. So forderte die Kasseler Firma Grabhof am 500 000 Mark, eine Wiesbadener Baufirma über 100 000 Mark mehr. Für den Bau des 325 Meter langen Döbenauer Tunnels verlangte eine Firma pro Meter 700 Mark, eine zweite fast das Doppelte. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Ein echter und rechter Ordnungsmann. Ein konserverativer Gutsbesitzer hat das Mittel entdeckt, die Arbeiter vor der „geistigen Vergiftung“ durch die — Zeitungen zu behüten. Die Elbinger Zeitung berichtet darüber:

„Die Einschränkung des Zeitungslesens verlangte Gutsbesitzer Montua aus Sophienhof bei Allenstein auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte, die am Sonnabend, den 11. April, im Hotel Kopernikus zu Allenstein stattfand. Der Bund der Landwirte möge dahin wirken, daß die Druckerchwärze scharfer besteuert werde, um dem Zeitungslesen zu steuern. In heutiger Zeit, so meinte Herr Montua, lese auf dem Lande schon jeder Arbeiter die Dummdheiten in den Zeitungen und werde dadurch ganz konfus gemacht. Das sei die Folge der Willigkeit der Zeitungen, die dadurch auch dem einfachsten Arbeiter zugänglich seien. Durch das Zeitungslesen werde der Arbeiter von allem unterrichtet; das sei nicht gut und nicht wünschenswert; die schädlichen Folgen sehe man immer mehr hervorbrechen. Um den Uebelgriffen der Arbeiter entgegenzutreten, müssen die Zeitungen teurer werden. Dieses wäre wieder zu erreichen durch eine hohe Besteuerung der Druckerchwärze.“

So ist's recht! Weshalb fordert der Herr nicht gleich, daß die Abgabe von Reitunnen an Arbeiter verboten wird? Noch ein-

facher wäre es freilich, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter nicht lesen lernt. Nach dem bekannten Wort eines andern konservativen Ordnungsmannes ist ja der dümmste Arbeiter immer der beste!

Auf jeden vernünftigen Menschen wirkt der Wunsch des Herrn Montau grotesk lächerlich. Aber er ist insofern ernst zu nehmen, als es der Ausdruck echt konservativen Geistes ist. Die Tendenz dieses Wunsches ist dem Konservatismus ureigentümlich: um den Arbeiter gefügig, demütig ergeben in den Willen des Herrentums erhalten und ihn leichter unterdrücken und ausbeuten zu können, muß er in Dummheit und Unwissenheit erhalten werden. Und alle Mittel sind recht, die dazu dienen. Charakteristisch ist, daß nicht ein einziges konservatives und agrarisches Blatt gegen den ordnungspolitischen Unfug Stellung nimmt.

Syndikatsbildung. Der Zusammenschluß der Unternehmer in der russischen Metallindustrie vollzieht sich mit unglaublicher Schnelligkeit. So hat sich vor kurzem ein Eisenblech- und ein Kupfer Syndikat gebildet, und die Gründung eines Syndikats der Uraler Eisenfabriken steht unmittelbar bevor. Besondere Beachtung verdient die unlängst vollzogene Gründung des südrussischen metallurgischen Krutzes, der nach offiziellen Angaben über ein Grundkapital von 150 Millionen Rubel verfügt und die größten Metallwerke Rußlands (die Jusow-Werke, die Russisch-Belgische Gesellschaft, die Moskauer Metallfabrik u. a.) umschließt. Als Initiatoren dieses Unternehmens, das eine gewaltige Umwälzung in der gesamten russischen Metallindustrie herbeiführen dürfte, gelten ausländische Besitzer russischer Metallwerke, vor allem belgische Kapitalisten.

Christlicher Terrorismus. Am 11. November v. J. fand der Maurer Schnellberger beim Münchener Lagerhaus (Schmebeler) eine Notstandsarbeit. Den Christlichen, die durch Unterbietung mit der Firma Schmebeler einen Tarif abgeschlossen, ist es gelungen, sich dort einzunisten. Schon am zweiten Tage nach seiner Einstellung wurde Schnellberger, der der freien Gewerkschaft angehört, von den christlichen Platzdelegierten aufgefordert, sich umschreiben zu lassen, sonst dürfte er nicht mehr weiterarbeiten. Schnellberger ließ sich durch diese christliche Drohung nicht einschüchtern. Am Jahrtag, 16. November, trat aber der christliche Vorarbeiter Heinrich Schmid in der Kantine auf ihn zu und sagte ohne alle Veranlassung zu ihm: „Bist du, roter Bazi, Du ausgfäulter Kerl, Du mußt hinaus, und wenn Dir sonst niemand was tut, dann stech ich Dich ab, Du Saubau.“ Da die übrigen christlichen Arbeiter eine drohende Haltung annehmen, zog es Schnellberger vor, den Arbeitsplatz zu verlassen. Die Münchener Post nahm Veranlassung, am 21. November v. J. diesen Vorfall zu besprechen. Der christliche Vorarbeiter Heinrich Schmid fühlte sich aber durch die Kritik der Münchener Post beleidigt und stellte Klage. Am Donnerstag kam dieser Prozeß vor dem Schöffengericht zum Austrag. Der Beklagte Redakteur Gruber verttrat sich vor Gericht selbst, H. Schmid wurde durch Rechtsanwalt Rauchenberger vertreten. Der Zentrumsadvokat erlebte aber an diesem christlichen Falle wenig Freude. Denn was die Münchener Post behauptet hatte, war vollständig zutreffend und wurde vor Gericht aufs Tüpfelchen als wahr erwiesen. Redakteur Gruber wurde daher unter Ueberbürdung sämtlicher Kosten auf den Privatkläger H. Schmid freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß der Wahrheitsbeweis vollständig erbracht wurde. Der christliche Terrorismus ist also in diesem Falle erwiesen.

Literarisches.

Alkohol als Krankheitsursache von Dr. med. Richard Fröhlich. Der Verfasser schildert in gemeinverständlicher Weise die Wirkungen des Alkohols auf die inneren Organe, wie Magen, Leber, Herz, Nieren. Die Broschüre kann zum Studium nicht warm genug empfohlen werden. Preis 20 Pf. Zu haben in allen Volksbuchhandlungen, sowie vom Verlag des Arbeiter-Abstinents, Joh. Michaelis, Berlin O. 17, Lange Straße 11.

Das in der Nr. 17 zum Abdruck gebrachte Maigedicht entnehmen wir der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen Gedichtsammlung Lichtlaube und Zukunftssonnen von Robert Seidel. Ein Buch voll sprudelnder Leidenschaft. Wer Licht und Wärme für sein Gemüt braucht, wer sich mit Glauben und Zueversicht für die Ideale der Zukunft erfüllen will, wird in diesen Gedichten Befriedigung finden.

Wir können unsern Berufskollegen die Anschaffung dieses Buches nur sehr warm empfehlen.

Das Werk ist elegant gebunden zum Preise von 3 Mk. durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteurs und sonstige Buchhandlungen zu beziehen.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Altenrütten. Der Steinmetz Georg Blant, geboren den 1. Dezember 1878 zu Homburg wird ersucht, sofort seinen Aufenthalt anzugeben. Wilhelm Koch, Kassierer.

Wespa. Dem Steinschläger Max Zimmermann, geb. 18. August 1881 in Drielen, ist keine neue Interimsurkunde auszustellen, da derselbe seine Karte hier in größter Unordnung hat liegen lassen. Albert Schlegel, Vors.

Köln. Die Unternehmer lehnen ab, mit uns zu verhandeln. Zureisende Kollegen haben sich beim Unterzeichneten zu melden. R. Eckert, Wollenweberstr. 51, I.

Adressen-Hendungen.

Altenrütten. Vors.: Anton Birmes, Windpöthstr. 20, Rütten. Kass.: Wilhelm Koch, Altenrütten.

Wespa. Kass.: Seb. Wagner, Neuere Wierstraße 28, Graßheim. Vors.: Adam Mantel, Karlsstr. 22, II.

Einbeil. Kass.: Herm. Kuej, Maschenstr. 22.

Riel. Kass.: Friedr. Hinz, Schwefelstr. 3.

Lutter a. B. Kass.: Alfred Gädike.

Mannheim. Der Gauleiter Franz Sarfert wohnt Rheinshäuser Straße 79, pt. — Vors.: Jakob Brunner, Kleinfeldstraße 40, V.

Wiesberg. Kass.: Franz Gläser.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 27. April bis mit 2. Mai. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Wittenberge, B. 3.30; Köln (Herrmann), M. 8.—; Nesselwang, B. 4.40; Neumünster, B. 4.50; Bleicherode, B. 2.75; Kaltendorf, B. 2.30; Euerbach, K. 1.30; Yngen, B. 2.15; Deuthen, B. 43.70, K. 16.80, M. 1.20; Heilbronn, B. 193.20, E. 3.—, K. 29.55, M. 1.20, X. 1.—; Kassel, B. 131.10, E. 1.50, K. 24.45, M. 1.20; Heppenheim, B. 420.—, E. 5.—, K. 1.—, X. 3.50; Mainz, B. 188.—, M. 1.20; Wittenberg, B. 42.—, K. 7.55; Otterbach, B. 20.16, E. 1.—, K. 9.—; Rehau, B. 88.20, K. 5.55; Schmie, B. 76.—, K. 5.—; Weiskraut, B. 210.—, M. 1.20, X. 2.—; Wiesbaden, B. 184.—; Straßburg, B. 460.—, E. 4.50, K. 20.—, X. 9.50; Schmalkalden, B. 59.15, K. 0.10; Schönberg, B. 74.34, E. 1.—, K. 2.60; Kelbra, B. 12.60, K. 19.65; Gumbisburg, B. 70.30, K. 1.—, Streifenunterstützung zurück 63.81; Frankenstein, B. 16.80, K. 9.70, M. 1.20; Eppingen, B. 4.18, K. 1.70; Chemnitz, B. 460.—, K. 50.—, X. 10.50; Annaberg, B. 21.—, X. 6.—; Alt-Warthau II, B. 286.90, K. 4.90, M. 1.20; Schönbach, B. 5.10; Magden, B. 6.05; Emden, B. 3.40; Regenhagen, Ab. 4.45; Aunkirchen, B. 133.—, Berlin II, B. 460.—; Barwinkel, B. 103.50, K. 6.—; Deutmannsdorf, B. 23.—;

K. 18.80, M. 3.70; Faulbach, B. 4.20, E. 3.—, K. 18.05, X. 7.50; Gera, B. 15.65, K. 0.10; Hagen, B. 46.—; Königsblutter, B. 46.—; Sternensfeld, B. 198.74, K. 10.80; Saifersweiber, B. 76.—, E. 5.—, K. 20.—, M. 5.60; Neuenstein, B. 38.22, K. 3.60; Ludwigshafen II, B. 117.30, E. 2.—, K. 3.50; Röhau, B. 420.—, E. 13.—, E. 0.25; Ruhberg, B. 22.50; Bamberg, K. 15.—; Berlin (Scholz) Streifenunterstützung zurück 44.15; Straußberg, Ins. 11.90; Rehschale, Ins. 2.10; Neumarkt, Ins. 1.80, Ab. 0.90; König, B. 5.—; Witten, B. 25.—, K. 8.—; Rütten, X. 31.50; Reichenbach i. O., B. 29.40, K. 0.60; Niederlamitz, B. 87.75; Braunschweig, B. 46.—. Ludwig Geiß, Kassierer.

Quittung

Aber zurückgeschicktes Markenmaterial vom 1. bis 30. April. Deutmannsdorf, 2 X. Sternensfeld, 7 X. Vieberach, 176 B. I, 10 E, 62 K. Köln II, 32 X. Untergimpert, 304 B. II, 148 K, 10 E. Faulbach, 276 X. Sebth, 21 X. Kassel I, 174 X. Straßburg, 700 X. Sulzfeld, 111 X. Döhlenfurt, 64 X. Heibelsberg, 16 X. Gumbisburg, 68 X. Stadtprojekten, 188 X. Weiskraut,

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Zahlstelle Demitz-Thumitz.

Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 1/3 Uhr
Mitgliederversammlung

im Gasthof zu Neu-Schmölln.
L.-D.: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1908. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Wahl eines Revisors. 4. Gewerkschaftliches. Kollegen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Meissen II.

Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 1/3 Uhr
Öffentliche Steinarbeiterversammlung

in der Klosterküche.
L.-D.: 1. Die Wandlungen der Produktionsformen. Referent: Genosse Ludwig-Reißer. 2. Bericht vom Verbandstag. — 3. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vertrauensmann.

Muschelkalkgebiet.

Die Zahlstelle Randersacker hält am 31. Mai ein Gewerkschaftsfest ab. Wir bitten die umliegenden Zahlstellen sowie die übrigen Gewerkschaften, an diesem genannten Datum von derartigen Festlichkeiten Abstand zu nehmen.
Leonhard Müller, 1. Vorsitzender.

Albert Baumann
Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis
Lieferung sofort!

Erstklassiges Granitmaterial
zur Herstellung von Pflastersteinen
ist in größeren Mengen abzugeben.
Zinnstockwerk Geyersberg
bei Lauenberg im Erzgebirge.

Nobelbandstahl in vorzüglicher Qualität
15 x 0,38 mm

Steinmetzbleistifte echt Rehbach'sches Fabrikat, rund u. flach

Steinmetzbesen harte und weiche, mit und ohne Griff

Steinmetzknüppel in prima Weißbuche und Chinaholz

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Prachtkinderwagen

Verbede sich selbständig auf und niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Fabrikpreis mit 10 Prozent Rabatt direkt von der Kinderwagenfabrik
Julius Treubar, Grimma 627.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zadett's, Hofen
Emil Keidel, Hamburg 6
= Bartelsstraße 101 =

76 X. Regensborn, 16 X. Braunschweig, 84 X. Hemsbach 43 X. Kleinheubach, 95 X. Roth a. S., 42 X. Regensburg, 67 X. Dresden, 550 X. Sträßheim, 14 X. Bühlerial, 200 X. Osnabrück, 25 X. Wenig-Radwig, 166 X. Offenbach, 164 X. Hamsburg I, 16 X. Bilgramsteuth, 58 X. Geyer, 100 X, 94 B. II. Ebenfetten, 49 X. Büchlberg 60 X.
Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Karlruhe. Bedarf gedeckt. Besten Gruß. — **Striegau.** Leider besitze ich ein solches Verzeichnis nicht. — **München, Sch.** Das Betreffende ging unter 2. Mai mittels eingeschriebenen Briefes an Deine Adresse ab. Viele Grüße. — **Bayern.** Warum anonym? Die Einzahlung wird deshalb abgelehnt. — **W. L.** Nur lachte. Ueberstützung in solchen Angelegenheiten ist ganz und gar nicht am Plage. — **Reichenbach.** Natürlich aufgenommen. — **Schwerin, Schmidt.** Die Steinarbeiter für Schmerin gehen an P. Schröder, Gartenstr. 22. Hole dort dein Exemplar. — Mehrere Einwendungen mußten zurückgestellt werden.

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.

Neuheit!
Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.

Bei diesen Öfen kann ein Verbrennen des Bohrstahles nicht stattfinden. Der Bohrstahl behält immer seine Güte.

Wichtig für jeden Bohrbetrieb.
Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.

Technische Selbstunterrichtswerke

System Karnack-Hachfeld
Baugewerksmeister, Maurermeister, Bautechniker, Architekturzeichner, Polier, Tiefbautechniker, Strassenbautechniker, Wasser- u. Brückenbautechniker, Kultur- und Wiesenbautechniker, Stukkateur, Steinmetzmeister.
Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Eine Anzahl tüchtige
Hand- und Maschinenschleifer

für dauernde lohnende Arbeit gesucht.
Granitwerk Steirerno Renne
(Alttingel-Gesellschaft)
Werningerode (Harz).

6 tüchtige Steinmetzen

(Bauarbeit, weißer Sandstein)
steht sofort ein
Emil Konrad, Steinmetzmeister
Pöhlner & Ehr.

Tüchtiger älterer Steinhauer

auf schwedischen Granit für schleifreiche Arbeit findet bei hohem Akkordlohn sofortige dauernde Stellung.
Gothaer Granitwerke, Gotha.

Tüchtige Maschinenschleifer

auf Marmor finden dauernde Beschäftigung.
Marmorwerke F. John & Sohn, Leipzig.

Tüchtige Granitschleifer sowie Steinhauer

finden dauernde Beschäftigung bei gutem Akkordlohn.
P. Burger junior, Granit- und Scheitl-Werke
St. Johann.

Steinmetz für Grabsteinarbeiten

sosort gesucht.
A. Pralle, Wolfenbüttel, Stöckheimer Str. 38.

Tüchtige Steinhauer

bei guten Akkordlöhnen für dauernde Arbeit gesucht.
Granit- u. Syenitwerk Frohmann & Comp.
Reinheim (Hessen).

3 tüchtige Steinmetzen auf Grabsteinarbeit

werden sofort für dauernd gesucht. Etwas Schrifttauen erwünscht; jedoch nicht Bedingung.
Heinrich Liebetau, Suhl in Thüringen.

Jeder Steinmetz

kann sich nebenbei durch Verkauf einiger guter Artikel hübschen Nebenverdienst schaffen. Abz. senden unt. 8320 an die Exp. d. Bl.

Oskar Wirth

geboren zu Liegnitz, wo stichst Du, es suchst Dich
Wilhelm Koch, Altenrütten.

Gestorben.

In Göttingen am 30. April der Kollege **Gustav Schädler**, 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Dresden am 28. April der Kollege **Paul Korbskeis**, 20 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In Dresden am 1. Mai der Kollege **Julius Wendroth**, 41 Jahre alt, an der Lungenschwindsucht.
In Alt-Warthau am 14. April der Kollege **Georg Höff**, 46 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Das verpreußte Vereinsrecht.

Es gibt kaum ein drastischeres Beispiel dafür, wie reaktionär Preußens Einfluß im Deutschen Reich sich geltend macht, als das vom Reichstage jüngst verabschiedete Reichsvereinsgesetz, das unter Mitwirkung der liberalen Parteien zustande kam. Das Vereins- und Versammlungsrecht entbehrte bis vor wenigen Monaten der reichsgesetzlichen Regelung, obwohl die Reichsverfassung in ihrem Art. 4, Nr. 16 auf diese Materie Beschlag legte. Trotz dieser unzweifelhaften Kompetenzklärung des Reiches führten einzelne Bundesstaaten fort, an ihren Vereinsgesetzen herumzubasteln, selbst nach der durch Reichsgesetz von 1899 erfolgten Aufhebung der Verbindungsverbote. Die einzelstaatlichen Vereinsgesetze, meist aus der Zeit von 1849—1860 stammend, waren sehr verschiedenartig; kaum zwei von den verschiedenen in Deutschland geltenden Vereinsgesetzen stimmten auch nur in ihrer rechtlichen Tragweite überein. Was in dem einen Bundesstaat verboten war, wurde in dem andern erlaubt, dafür aber wieder etwas anderes verboten. Nur Baden, Hessen und Württemberg erfreuten sich eines einigermaßen liberalen Rechtszustandes, während neben Mecklenburg, Braunschweig und Sachsen der große Rechtsstaat Preußen die einschränkendsten Bestimmungen gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit aufwies.

Sie herrschte noch der reaktionäre Geist, der den Frauen die Teilnahme an politischen Vereinen verbot und überdies die Lehrlinge und Schüler auch noch aus politischen Versammlungen ausschloß. Sie galten auch die schikanösen Bestimmungen über die Einreichung der Mitgliederverzeichnisse, die die Mitglieder mißliebiger Vereine den Behörden in die Hände liefern, sowie über die Anmeldung von Versammlungen, die die Auflösung nicht angemeldeter Versammlungen in die Hand untergeordneter Polizeibehörden legte. Es ist charakteristisch, daß der preussische Liberalismus selbst in seiner Glanzperiode, als er im preussischen Landtag über eine große Mehrheit verfügte, an diesem Produkt der Reaktion nichts zu ändern fand. Die Tatsache, daß das preussische Vereinsgesetz sich fast 6 Jahrzehnte lang erhalten konnte, ist in erster Linie dem Liberalismus geschuldet, der sich schließlich noch das Verdienst erwarb, dieses Vereinsgesetz überpreußt zu haben.

Freilich war das preussische Vereinsgesetz noch nicht das aller schlimmste; es gab zu allen Zeiten in einer Reihe von Einzelstaaten noch Bestimmungen, die selbst den Reichsvereinsgesetz Reaktionen erweckten. Aber was das Gesetz nicht enthielt, das legten die preussischen Behörden und Gerichte hinein. Besonders der Staatsanwalt Lessendorff, der sich schon in Magdeburg in der Verfolgung der Arbeitervereine hervorgetan hatte und dann nach Berlin versetzt wurde, glaubte im Vereinsgesetz die Waffe gefunden zu haben, um die Organisation der Arbeiter unmöglich zu machen. Damals wurde die Methode entdeckt, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln und sie wegen verbotenen Inverbindungtretens zu verfolgen. „Ich werde jeder Zentralisation und Organisation an der Hand des Gesetzes entgegenzutreten, wo ich nur kann. Sie werden sagen: wenn ihr diesen Verein schließt, werden wir einen neuen Verein gründen. Das können Sie. Wir werden dann den neuen Verein auch wieder schließen, so lange dies Vereinsgesetz besteht.“ erklärte Lessendorff in dem großen Prozeß gegen den Maurer- und Steinarbeiterverband am 16. März 1875 und fügte hinzu: „Sie können sich versammeln, aber Sie dürfen sich weder zentralisieren noch organisieren. Ohne Zentralisation ist die Sozialdemokratie tot.“ Er erreichte seinen Zweck nicht völlig; eine ganze Reihe von Gewerkschaften wurden zwar gerichtlich geschlossen und andere zur Selbstauflösung getrieben, aber unter neuen Formen traten die Gewerkschaften wieder zutage, diesmal unangreifbar für Lessendorffsdiad, bis 1878 das Sozialistengesetz auch diese Organisationen zertrümmerte.

Die Lessendorffsche Methode aber blieb und sie wurde wieder herbeigeholt, als das Ausnahmengesetz im Kampfe gegen die seit 1880 wiedererwachte Gewerkschaftsbewegung verfaßt. Nachdem die Gerichte übereinstimmend erklärten,

daß Organisationen mit den konkreten Zwecken des § 152 der Gewerbeordnung nicht verboten werden könnten, wurde den neuen Fachvereinen mit dem preussischen Vereinsgesetz der Prozeß gemacht. Die 1888 eingeleitete große Aktion gegen das Generalkomitee der vereinigten Berliner Gewerkschaften schlug jedoch fehl. Das Berliner Gericht erkannte nur auf Geldstrafen wegen unbedeutender Formverstöße, ließ aber die Organisation selbst unberührt. Gleichwohl setzte sich die polizeiliche Verfolgungspolitik in unvermindertem Maße fort, besonders angelehnt an die stetig wachsende Bedeutung der gewerkschaftlichen Zentralisation. Bald war es eine Petition, bald ein auffälliger Vortrag, der den politischen Charakter eines Verbandes erweisen sollte. Den Verbänden wurde aus der Zugehörigkeit der Frauen, den Vertrauensmännerorganisationen aus gelegentlichen Inverbindungstretens der Strickgedreht. Es ist eines der größten Verdienste der Gewerkschaftsbewegung, diesen gefährlichen Polizeikampf überwunden zu haben, so daß schon am Ende des Ausnahmengesetzes beide Fesseln, der Frauenparagraf wie das Verbindungsverbot, zerbrochen am Boden lagen. Sie haben denn auch seitdem nur selten Anwendung gefunden und wurden lediglich als Lausobjekte für andere reaktionäre Pläne aufbewahrt. Das Gesetz hat vor kurzem im Reichstag seinen Abschluß gefunden — zur Zufriedenheit der Reaktionäre!

Nach welcher Richtung die Gelüste der preussischen Reaktion gingen, trat 1897 in der Lex Reede deutlich zutage. Diese Vorlage zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Vereine und Versammlungen wollte den Polizeibehörden das Recht einräumen, Versammlungen aufzulösen, welche den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden. Ebenso sollten Vereine unter den gleichen Voraussetzungen geschlossen werden können. Ferner sollte allen Minderjährigen (nicht bloß Schülern und Lehrlingen) die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten werden. Dieser Gesetzentwurf fand damals nicht die Zustimmung der Nationalliberalen und Freisinnigen, weil diese sich durch solche Maßnahmen keine wirksame Bekämpfung der Sozialdemokratie versprachen, sondern nur eine Aufreizung der Gemüter befürchteten. Herr Schmieding erklärte im Landtage: es sei ein Mittel, das nur reize, aber nicht ins Herz treffe, eine Maßnahme, die nach etwas aussehe, aber keine Wirkung habe, ein Hest ohne Klingel! Mit 209 gegen 205 Stimmen wurde die Vorlage begraben. Um im Reichsvereinsgesetz 11 Jahre später siegreich aufzuerstehen!

Schon wenige Jahre später streckte die preussische Regierung ihre Hand nach dem Verbot fremder Sprachen in Versammlungen aus. Der Kampf gegen das Verbot zeitigte Versammlungsverbote und -Auflösungen wegen des Gebrauchs der polnischen Sprache, und Minister v. d. Neke verteidigte diese Maßregeln damit, daß diese Auflösungen gerechtfertigt seien, falls dem überwachenden Beamten die betreffende Sprache nicht verständlich sei und das behördliche Ueberwachungsrecht dadurch illusorisch gemacht werde. Die Gerichte entschieden bald für, bald gegen diesen Grundsat, das Oberverwaltungsgericht mußte aber zugeben, daß im Gesetze selbst eine solche Forderung nicht begründet sei. Im Mai 1902 erklärte der Minister von Hammerstein: er wolle eine neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abwarten. Sollte aber das Gericht auf seinem alten Standpunkt beharren und die Verwaltung in der Ausführung der Gesetze lahmlegen, so müsse er andere Maßnahmen in Aussicht nehmen! Der Minister verlangte also nichts mehr und nichts weniger, als daß das Gericht sich vor der höheren Autorität des Polizeiministers beugen und das Gesetz umstoßen sollte. Der Verwaltungsgerichtshof tat ihm den Willen nicht, und nun verhielt der Minister dem Reichstag (am 25. Januar 1904) einen Gesetzentwurf, der bestimmt sei, diese „Lücke im Vereinsgesetz“ auszufüllen. Der Gesetzentwurf wurde erst 1907 vorgelegt, aber nicht als Novelle zum preussischen Vereinsgesetz, sondern als Reichsvereinsgesetz. Im preussischen Landtage wäre er zweifellos auch angenommen worden — dafür bürgt das Schicksal der polnischen Enteignungsvorlage. Aber gegen Ergänzungen des preussischen

Vereinsrechts sprachen verfassungsrechtliche Bedenken und Preußen wollte Ruhe vor den Gerichten haben. Der Reichstag hat ein Ausnahmerecht, das nicht einmal das preussische Vereinsgesetz kannte, für das ganze Reich eingeführt, lediglich auf Befehl der preussischen Regierung!

Die übrige Arbeit besorgte der preussische Landtag bezw. die preussische Junkerreaktion. In derselben Landtagssitzung, in welcher Herr v. Hammerstein einen Votenparagrafen in Aussicht stellte, am 25. Januar 1904, forderte Freiherr v. Zedlitz den Ausschluß aller Minderjährigen aus politischen Vereinen und Versammlungen mit der Motivierung; damit werde eine große Quelle des Einflusses sozialdemokratischer Propaganda auf unsere Jugend verstopft. Am 13. Februar 1905 wiederholte Herr v. Zedlitz diese Forderung mit Hinweis auf den Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, wobei er von „grünen und unreifen Elementen“ sprach, die nur Unmut und Unheil in solchen Versammlungen anrichteten. Der konservative Abgeordnete Hammer mutete am 21. Februar 1907 der Regierung sogar zu, den jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an Gewerkschaften ganz einfach durch Anwendung des Schülerparagrafen, der politische Vereine zur Vorkaufsetzung hat, zu verbieten.

In der Begründung des Reichsvereinsgesetzes gab sich die Reichsregierung den Anschein, als sei ihr an einem Jugendparagrafen nichts gelegen. Die Bestrebungen, vor denen man die Jugend bewahren wollte, träten so mannigfaltig an letztere heran, daß mit der Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit wenig gewonnen sei. Ueberdies böten die Ausschließrechte der Schulbehörden und Handwerkskammern gegenüber Schülern und Lehrlingen die Handhabe, unerwünschten Erscheinungen entgegenzutreten. Aber wohlgefällig ließ sie es zu, daß die Konservativen als Preis ihrer Zustimmung zum Vereinsgesetz die Einführung eines Jugendparagrafen forderten, der allen Personen unter 18 Jahren das Vereins- und Versammlungsrecht vernichtete, und wohlgefällig ließ sie sich diesen „gar nicht gewollten“ Paragrafen durch die liberalen Parteien apportieren! Was die Lex Reede 1897 vom preussischen Landtag vergeblich verlangte, das drückte die preussische Junkerreaktion spielend leicht aus dem Reichstagsfreisinn heraus.

Auch der andere Teil der Lex Reede hat im Reichsvereinsgesetz seine Verwirklichung gefunden, wenn auch in etwas abgeschwächter Form. Anstatt der behördlichen Befugnis, Versammlungen aufzulösen, die „den Strafgesetzen zuwiderlaufen, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden“, heißt es in dem neuen Gesetz (§ 8 Ziff. 5), „wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufreizung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgender Vergehen enthalten“. Im übrigen sind die meisten Beschränkungen des preussischen Vereinsgesetzes in das Reichsgesetz hinübergerettet worden und nur die in der Praxis völlig entwerteten Bestimmungen, wie die politischen Vereinsbeschränkungen für Frauen und die Einreichung der Mitgliederliste der politischen Vereine, hat man fallen gelassen. Sie mußten dazu dienen, um den Freisinn für das Sprachverbot und den Jugendparagrafen empfänglich zu machen. Sie haben also ihren Zweck als Kompensationsobjekte über alle Erwartungen erfüllt.

Wenn am 15. Mai dieses Jahres im Deutschen Reich ein „neues einheitliches Recht“ mit preussischem Inhalt in Kraft tritt, das in seinen wesentlichen Bestimmungen noch weit reaktionärer als das preussische Landesrecht ist, dann erkenne man darin den Triumph des preussischen Konservatismus, der im Dreiklassenlandtage seine festeste Stütze findet und der von diesem Bollwerk aus die gesamte Reichspolitik beeinflusst. Selten ist ihm dies so glänzend gelungen, wie in seinem Kampf gegen das Vereins- und Versammlungsrecht.

Für die Arbeiterchaft Preußens erwächst daraus die ernste Lehre, daß kein Volksrecht vor den Tücken der preussischen Reaktion sicher ist. Dieses Bollwerk wird und muß fallen; es wird überwunden durch die Be-

Soziale Streiflichter.

(Von Karl Buruder.)

Schon mit Tagesgrauen wurde es heute in dem kleinen Anwesen des Steinbrucharbeiters Kirchner lebendig.

„Was Du nur hast. Du tust ja gerade, als ob Du heute in aller Frühe schon alles eben machen wolltest“, meinte seine Frau, in scherzender Weise ihm zureufend.

„Ja, ich habe gestern nur vergessen, Dir zu sagen, daß es heute früher rausgeht“, erwiderte Kirchner. „Aber Du weißt ja selbst, die verfluchte Hypothek. Zum nächsten Jahrtag ist der Zins wieder fällig, und unser Alter (Geschäftsinhaber) kennt keine Gnade. Bis zum letzten Pfennig wird der Zins dann abgezogen. Wenn man sich mit solchen Dingen nur nicht erst einläßt. Wir wollen daher alle, weil bereits jeder in den gleichen Schuhen steht, alle Tage länger arbeiten, damit noch etwas übrig bleibt.“

„Es ist schon ein wahrer Jammer“, meinte die Frau in einem Anfluge von Unmut, „unseres muß sich jahraus, jahrein alle Tage schinden und radern, damit man durchkommt; bei andern Leuten wird der Bagen (Vermögen) jeden Tag größer, trotzdem sie nichts tun und nicht wissen, wie sie die Zeit totschlagen sollen.“

„Es ist eben immer noch die alte Leier“, brummte Kirchner resigniert in seinen Bart, „die Kleinen müssen die Großen erhalten, da ist nichts dagegen zu machen“; würgte sein kärgliches Morgenbrot hinunter, sah noch einmal im Stalle nach, um seiner Frau, die ohnedies den ganzen Tag die Hände voll zu tun hatte, noch etwas Arbeit abzunehmen, und machte sich dann auf den Weg zum Steinbruch.

Zur selben Stunde waren auf dem Oekonomiehofe des Guts- und Steinbruchbesitzers Lang schon viele fleißige Hände beschäftigt, um die sich täglich wiederholende Arbeit zu erledigen

Nur das abseits des Hofes inmitten eines hübschen Parkes liegende Herrschaftshaus lag noch ruhig im Glanze der aufgehenden Sonne. Nur hin und wieder huschte ein dienstbarer Geist über die mit Teppichen belegten Gänge und Treppen, absichtlich jedes Geräusch vermeidend.

Die Sonne hatte schon ein gutes Teil ihres täglichen Laufes zurückgelegt, als die Herrschaftsfamilie „beim Frühstück“ saß. Auf allen Gesichtern spiegelte sich der Widerschein ungetrübten Glückes.

„Ich hoffe, daß heute abend Küche und Keller gut bestellt ist“, sagte Herr Lang, zu seiner Ehefrau gewandt, „ich habe für heute abend aus Anlaß des Besuchs des Bräutigams unserer Elise noch einige benachbarte Gutsbesitzer zu einer Abendgesellschaft eingeladen. Auch sein beim gleichen Regiment stehender, wegen seines würzigen Humors bei den Offizieren bekannter Bruder wird ebenfalls mitkommen, so daß wir einen fröhlichen Abend in Aussicht haben. Jetzt aber muß ich schnell noch ins Schreibzimmer“, meinte er, plötzlich seine Uhr ziehend, „um mich wenigstens am Telephon nach dem Gang der Geschäfte im Bruch und auf dem Hofe zu erkundigen. Nachmittag wird keine Zeit übrig sein.“

Durch das enge, liebliche Tal schlängelt sich, eintönig murrend, wie seit Jahrtausenden, in zahllosen kleinen Windungen das silberhelle Bächlein, an dessen linkem Ufer am Fuße des Höhenzuges vor mehreren Jahren der reiche Gutsbesitzer Lang einen Steinbruch erschlossen hat, welcher ihm jährlich schöne Summen einträgt, ohne daß er sich viel darum zu kümmern braucht.

In diesem Bruch arbeitete seit seiner Erschließung unjer Kirchner und hat während dieser Zeit Herrn Lang schon mehr verdient, als die Hypothek, die er von ihm auf seinen Säckelchen stehen hat. Kirchner weiß das auch ganz gut, aber „es ist nichts dagegen zu machen“.

Heute hatte er einen ausnahmsweise guten Tag. Die Arbeit ging bonitaten, besser als er es sich gedacht hatte. Die Sonne

neigte sich bereits ihrem Untergange zu, als sich Kirchner anschickte, noch einige bereits geladene Sprenglöcher abzuschließen. Nach den Schüssen zu urteilen, mußte jedoch noch einer sitzen, was auch tatsächlich der Fall war.

„Und der muß heute noch heraus“, sagte Kirchner zu seinen Arbeitskollegen, und sie gingen auch sofort an das Ausbohren. Auch diese gefährliche Arbeit wäre beinahe bewältigt gewesen, als ein kurzer, dumpfer Schlag erfolgte und Kirchner die ganzen Gasse, Sand usw. ins Gesicht gingen und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten. Die andern Arbeiter kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Im Herrschaftshause des Gutsbesitzers Lang herrschte freudiges Zusammensein. In den ersten Nachmittagsstunden schon war der Zukünftige der ältesten Tochter des Hauses, ein junger Offizier aus der nahe Garnisonstadt, mit seinem beim gleichen Regiment dienenden, etwas älteren Bruder eingetroffen, und die beiden Vaterlandsverteidiger wurden denn auch gleich mit den ausgefeiltesten Speisen und Getränken bedacht.

Nach Beendigung der Tafel erhob sich der Hausherr und sagte, freundlich lächelnd: „Meine Herren, Sie werden mir schon gestatten, daß ich den Arbeitsplan für Nachmittag selbst festlege. Ich habe nämlich im Sinne, die mir benachbarten und befreundeten Gutsbesitzer, die ich für heute abend eingeladen habe, mit meinem Geschirr selbst abzuholen, und da wird Ihr Herr Bruder“, zu seinem zukünftigen Schwiegerohn gewandt, „die Güte haben und mich begleiten. Dem Brautpaar, pardon erst Verlobten, werden vier seine Dispositionen selbst überlassen“, wobei alles verständnisvoll nickte.

Nach einer Weile fuhr das herrschaftliche Gefährt die Landstraße entlang, während am entgegengekehrten Ende die beiden Verlobten jenem engen, lieblichen Tale zusteuerten, in welchem der Steinbruch liegt.

„Du, Elsa, das ist aber wirklich ein schönes Stückchen Erde, dieses herrliche Tal. Da muß es den Leuten nur so eine Lust geben, hier zu arbeiten in solch freier, frischer Luft“, meinte

Teiligung des Dreiklassenwahlrechts. Der bevorstehende Landtagswahlkampf ist ein Kampf um die Sicherung der wenigen Volksrechte, die wir noch haben, ein Kampf, der jeden Arbeiter an seinem Platze finden muß, — in den Reihen der Sozialdemokratie!

Produktionssteigerungen.

Bei den mehr oder minder tiefsinnigen Betrachtungen, über die Veränderung der sozialen Lage der Arbeiter, werden in der Regel die Verschiebungen in der Produktion ganz übersehen. Unbestreitbar ist aber von großer Bedeutung das Verhältnis zwischen Produktivität und Konsumkraft. Wenn die Konsumkraft der Arbeiter in einem bestimmten Zeitraum um 20 Prozent gestiegen ist, die Produktivität in der gleichen Zeit aber um 30 Prozent und mehr zunahm, dann ist trotz des absoluten Hinaufgehens des wirtschaftlichen Niveaus relativ eine Verschlechterung eingetreten. Wie in der Kohlen- und Eisenindustrie die Produktivität sich verändert hat, zeigen folgende Angaben, bei deren Würdigung nicht vergessen werden darf, daß die produktionssteigernde Wirkung der verbesserten Technik, in der Kohlenindustrie, stark abgeschwächt wird durch die natürlichen Verhältnisse, z. B. Lieferwerden der Schächte usw. Wir stellen hier für die Kohlenindustrie die Ziffern zweier Jahre einander gegenüber. Danach betrug:

| | im Jahre 1792 | im Jahre 1906 |
|-------------------------------------|---------------|---------------|
| die Zahl der Kohlenbergwerke | 164 | 175 |
| Die Gesamtförderung (Tonnen) | 176 676 | 76 811 054 |
| der Wert der Förderung (Mark) | 688 667 | 672 564 595 |
| die Zahl der beschäftigten Arbeiter | 1 357 | 278 719 |

Demnach entfielen auf ein Werk durchschnittlich:

| | | |
|----------------------------------|-------|-----------|
| Arbeiter | 8,8 | 1 600 |
| Förderwert (Mark) | 4 440 | 3 843 200 |
| Fördermengen (Tonnen) | 1 150 | 438 000 |
| Produktion pro Arbeiter (Tonnen) | 130 | 280 |

Für die Eisenindustrie ergeben sich folgende Zahlen:

| | 1848 | 1880 | 1900 |
|--------------------------|-----------|-----------|------------|
| Zahl der Eisenerzgruben | 1 974 | 839 | 575 |
| Arbeiter | 15 610 | 35 814 | 48 808 |
| Gesamtproduktion | 693 725 | 7 238 640 | 18 964 294 |
| Zahl der Hochofen (1869) | 230 | 140 | 108 |
| Arbeiter | 21 117 | 21 117 | 34 743 |
| Gesamtproduktion | 1 409 429 | 2 729 038 | 8 520 541 |
| Zahl der Flußeisenwerke | 2 | 53 | 189 |
| Arbeiter | 1 332 | 20 116 | 124 665 |
| Gesamtproduktion | 9 024 | 660 592 | 6 361 650 |

Demnach auf einen Betrieb durchschnittlich:

| | | | |
|------------------------------|--------|--------|--------|
| Im Eisenerzbetriebe Arbeiter | 7,91 | 42,66 | 76,18 |
| Förderwert Lo. | 351 | 8 267 | 32 905 |
| Hochofenbetriebe Arbeiter | — | 106 | 322 |
| Förderwert Lo. | — | 19 493 | 78 895 |
| Flußeisenbetriebe Arbeiter | 666 | 380 | 659 |
| Erzeugung Lo. | 4510 | 12 464 | 33 660 |
| Produktion pro Arbeiter: | | | |
| Eisenerz Lo. | 44 1/2 | 202 | 432 |
| Kohlen Lo. | 65 3/4 | 129 | 245 |
| Flußeisen | 6 3/4 | 33 | 51 |

Im Kohlenbergbau hat sich die Produktivität pro Arbeiter von 1792 auf 1906 um 115 Prozent gehoben. Dabei ist noch unberücksichtigt geblieben der enorme Umfang der Nebenproduktion, die früher ganz unbekannt war. In der Eisenerzgewinnung ist die Produktivität pro Arbeitskraft in 60 Jahren um 870 Prozent gewachsen; in der Hochofenherstellung beträgt die Produktionszunahme in 37 Jahren 270 Prozent, und in der Flußeisenerzeugung ist die Leistung pro Arbeiter in 60 Jahren um 660 Prozent hinaufgegangen.

Carifverhandlungen im Münchner Steinmetzgewerbe.

Unter dem Vorh. des Generalsekretärs Dr. Gehler begannen am 27. April vormittag 1/9 Uhr die Tarifverhandlungen im Steinmetzgewerbe. Die Verhandlungen selbst fanden im großen Saale des Münchner Gewerbegerichts statt. Der Tarifentwurf der Kollegen forderte u. a. neunstündige Arbeitszeit, 70 Pfg. Stundenlohn für Steinmetzen und 50 Pfg. für Schleifer. Die Parteien einigten sich dahin, auf der Grundlage des alten Tarifs zu unterhandeln. Kollege Link begründete die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit, die bei den Steinmetzen schon einmal Regel war. Nachdem Ingenieur Fellermeier beim letzten Tarifabschluß die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeitszeit im ganzen Baugewerbe betonte und durchblicken ließ, daß man bei der nächsten Tarifberatung einer Arbeitszeitverkürzung auch im Baugewerbe näher treten werde, habe man leider damals die neunstündige Arbeitszeit nicht so verteidigt, wie es notwendig gewesen wäre. Zudem sei das derzeitige Verhältnis unhaltbar. Auf den Bauten sollen zehn Stunden, in den Werkstätten neun Stunden gearbeitet werden. Von einer einheitlichen Arbeitszeit könne da nicht mehr geredet werden. Zudem lasse der größte Prozentsatz der Unternehmer ohnehin nur neun Stunden arbeiten. — Nun begann das alte Spiel der Unternehmer: die Gruppe der Steinmetzmeister sei dem Deutschen Arbeitgeberbund angeschlossen, dessen Prinzip es sei, daß von der

zehnstündigen Arbeitszeit nicht abgegangen werden dürfe; deshalb sei die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit undistabel. Wenn einzelne Arbeitgeber bisher nur 9 Stunden arbeiten ließen, so haben sie nach der Auffassung des Sekretärs Bergmüller tarifwidrig gehandelt.

Staudinger als Zentralvorstandsvertreter meinte, es sei unerhört, daß das als maßgebend betrachtet werden soll, was vor 8 Wochen die Schlichter im Baugewerbe in Hannover beschlossen hätten. Wenn die Arbeitgebervertreter zu solchen wichtigen Verhandlungen sich mit gebundenem Mandat schicken lassen, so sehe das einem Armutszugnis verflucht ähnlich.

Einer großen Blamage setzte sich Herr Böhner, der Vertreter der Fa. Pfisterer, aus. Er meinte: „Wir wollten schon eine Arbeitszeitverkürzung gewähren, aber wir dürfen nicht.“ Herr Bergmüller wurde nun verlesen, denn Böhner hatte naiverweise aus der Schule geplaudert.

Kollege Erbacher betonte besonders die Gesundheitsgefährlichkeit des Berufs: Von 100 Steinarbeitern sterben 85 an der Schwindsucht.

Die Beschlusfassung über die Arbeitszeit wurde nach weiterer lebhafter Debatte zurückgestellt. Die Unternehmer wollten auch die Lohnfrage zurückgestellt und erst die übrigen Punkte des Tarifs behandelt wissen. Dagegen wandten sich mit Entschiedenheit die Arbeitnehmervertreter, auch der Vorsitzende Dr. Gehler gab sich alle erdenkliche Mühe, den Arbeitgebern begreiflich zu machen, wie töricht ihr Verlangen sei.

Bergmüller meinte, auch im Baugewerbe würde erst am 3. Tage über die Lohnfrage debattiert. Diesem Herrn wurde natürlich erklärt, die Steinmetzen hätten keine Lust, sich so an der Nase rumführen zu lassen, zunächst müsse über die Lohnfrage verhandelt werden, das sei die Hauptsache.

Der Unternehmer Grohmann machte, als unser Kollege Wenk zu dieser Sache sprach, den Zwischenruf: „alles Dummheit“. Dem gebildeten Herrn Grohmann fuhr Herr Dr. Gehler mächtig in die Parade. Grohmann meinte wahrscheinlich, er sei auf seinem Arbeitsplatz. Die Abfuhr, die Grohmann erhielt, zog, denn er meinte: „er lasse sich nicht schulmeistern. Dr. Gehler erklärte kurz und bündig, die Arbeitervertreter lasse er nicht beleidigen. Mit zu Boden gesenktem Haupte stieß G. auch diesen neuen Witscher ein. Die zahlreich anwesenden Steinarbeiter freuten sich löstlich, daß es Grohmann nicht gelang, mit seinen bekannten Manieren auf dem Gewerbegericht durchzubringen.

Unsere Kollegen verfolgten die Lohnfrage ganz energisch. Große Heiterkeit erregte, daß während den Verhandlungen die Rubrik: Streiks und Sperren. Die Herren wollten zum Ausdruck bringen, nur, euer Verband ist schon genügend an Lohnbewegungen beteiligt.

Nun spielten die Unternehmer die gekränkten Lebertwülste, sie zogen sich zurück, um darüber zu beraten, ob sie überhaupt noch weiter beraten wollen, falls ihr Begehren, die Lohnfrage bis zum Schluß zurückzustellen, nicht akzeptiert werden sollte. Dann gab Herr Bergmüller die Erklärung ab, daß die Arbeitgeber weiter verhandeln wollen, daß sie aber mit einer Lohn-erhöhung der Gehilfen nicht gerechnet haben, da das Steinmetzgewerbe daniederliegt; wenn die Gehilfen mit den Löhnen noch weiter hinaufgingen, dann würden die Unternehmer dazu kommen, mehr Studarbeit machen zu lassen. Etwas wollen sie aber doch entgegenkommen und eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. gewähren bei 60 Pfg. Durchschnittslohn; den Lohn der Schleifer wollen sie von 42 auf 46 Pfg. erhöhen.

Die Arbeitnehmervertreter bezeichneten dieses Angebot als beschämend. Dieses schmählische Verhalten zeige am besten, warum die Unternehmer nichts über die Lohnfrage verlauten lassen wollten. Schon hatte es den Anschein, daß hier die Verhandlungen zum Scheitern kommen sollten. Unsre Kollegen traten mit Entschiedenheit dafür ein, daß eine höhere Zulage gewährt werden müsse. Die Unternehmer zogen sich abermals zur internen Beratung zurück.

Nach mehr als sechsstündiger, zum Teil schwieriger Verhandlung wurde man sich auf Vorschlag des Herrn Dr. Gehler dahin einig, den im September 1905 abgeschlossenen Tarifvertrag in vollem Umfange zu erneuern. Der Durchschnittslohn für Steinmetze wird von 55 auf 61 Pfg. sofort und auf 63 Pfg. das nächste Jahr erhöht, die unterste Lohngrenze soll 58 Pfg. betragen; der Durchschnittslohn der Schleifer und Polierer wird von 42 auf 47 Pfg. für das erste und 49 Pfg. für das zweite Jahr der Tarifdauer erhöht. Akkordarbeit wird grundsätzlich beibehalten. Der Akkordtarif wurde einer besonderen Kommission zur Beratung überlassen.

Im Schluß wollte Herr Grohmann noch einen Trampf gegen Staudinger ausspielen. Ersterer meinte, der Münchner Spezialtarif sei nicht schlecht, denn das hätte 1905 Staudinger im Steinmetzgewerbe besonders betont. Unser Kollege führte prompt aus, von seinem damaligen Urteil nehme er auch heute nichts zurück. Der Münchner Spezialtarif sei in seiner technischen Zusammenfassung musterhaft. Die Vorlage hat damals der von Grohmann so stark beschuldete Kollege Mittenmeier ausgearbeitet. Ob die Unternehmer einen solchen Tarif herstellen könnten, sei sehr fraglich. Er freute sich, daß Grohmann, wenn auch unbewußt, dem Kollegen Mittenmeier eine solche Anerkennung zolle.

Eine sehr gutbesuchte Versammlung der Münchner Kollegen, welche am 28. April stattfand, nahm die Vermittlungsvorschläge des Herrn Dr. Gehler nach langer Debatte an. Öffentlich gehen nun die Verhandlungen über den Spezialtarif recht schnell vonstatten.

Richard, das war der Name des jungen Offiziers, zu seiner Begleiterin.

„Ja, meinen sollte man es“, entgegnete Elsa, „aber sie sind auch nicht zufrieden. Es sollen aber nur einige darunter sein, welche die andern immer aufheken.“

Nach einer längeren Wanderung gelangten sie an eine erst neu errichtete, bequeme Ruhebank, auf der beide Platz nahmen.

Nach einer Pause, während der beide stumm nebeneinander saßen, sagte Elsa, schelmisch zu ihrem Verlobten aufblickend: „Du, Richard, mein Papa hat neulich zu mir gesagt, wir brauchen uns um unsre Zukunft nicht zu kümmern. Er habe schon dafür gesorgt. Aber ich sollte dir noch nichts sagen. Du verspricht mir doch, daß Du schweigst, auch gegenüber Deinem Bruder?“

„Ich werde stumm sein wie das Grab, so lange Du willst“, entgegnete Richard, seine Braut fester an sich ziehend. Eine gute Weile saß das Paar, weltvergessen, auf der Ruhebank. Der Drossel feuriges Lied drang aus dem nahen Busche zu ihnen herüber.

Als das Unglück im Bruche geschah, da berieten die Arbeitskollegen Kirchners nicht lange, was zu tun sei. Niemand war mehr auf dem Arbeitsplatz, selbst der Geschäftsführer, immer einer der letzten, war schon längst nach Hause gegangen. So nagelten sie denn so rasch als möglich eine Tagelöhne aus Holzstangen zusammen, bedeckten diese dann mit etwas Streu, Moos und alten Kleidungsstücken, legten den Verunglückten darauf und versuchten in aller Eile, seine Befahrung zu erreichen, während einer sich sofort auf dem nächsten Wege in die ziemlich entfernte Bezirksstadt zum Arzt machte, damit derselbe so schnell als möglich komme.

Daher aber wurde Kirchners Frau immer ungeduldiger, da er noch nicht so lange ausgeblieben war. Auf einmal vernahm sie von weitem Schritte, die immer hörbarer wurden. Als sie zum Fenster hinaussah, gewahrte sie undeutlich in der Dunkelheit die Umrisse einiger Männer, die etwas zu tragen schienen.

Eine dunkle Ahnung überfiel sie. Wenige Augenblicke darauf war die armliche Befahrung Kirchners der Schaulplatz herzzerreißender Szenen, welche jedem tief eingepägt bleiben, der bei solchen Unglücksfällen mit zugegen war und noch ein menschlich empfindendes Herz besitzt.

Der Arzt, der erst nach einigen Stunden eintraf, konnte nach Säuberung der fürchterlichen Verletzungen nur konstatieren, daß eine Gefahr für das Leben Kirchners nicht bestehe, jedoch das Augenlicht auf jeden Fall verloren sei, da beide Augen zu starke Verletzungen zeigten.

Das Herrschaftshaus bot in den späten Abendstunden ein ganz andres Bild als am frühen Morgen. Dienstbare Geister rannten treppauf, treppab, um den erschienenen Herrschaften alles bequem zu machen. Nur Richard und Elsa waren von ihrem Spaziergange noch nicht zurückgekehrt. Aus ihren strahlenden Gesichtern aber konnte man, als sie bei Einbruch der Dunkelheit das Herrschaftshaus betraten, deutlich lesen, daß beide glückliche und zufriedene Menschen sind.

Mitten in dieses fröhliche Treiben jedoch Klang ein schriller Mißton. Der Arbeiter, der nach der Verunglückung Kirchners sich sofort auf den Weg zur Stadt zum Arzt machte, mußte auch am Herrschaftshause vorüber und erzählte auch gleich seinem Arbeitgeber den Hergang der Sache.

„Daß der Mensch aber auch so unvorsichtig war, und zum Sonntag ist auch noch der Festschlag“, war die erste, unwillig herausgestoßene Antwort des Herrn Lang. Es schien, als ob es ihm ganz und gar nicht behagte, heute mit einer solchen Vorkommnis belästigt zu werden. Ohne den Arbeiter weiter eines Blickes oder eines Wortes zu würdigen, lehrte er ihm den Rücken und schlug die eiserne Gittertüre zu.

Der Arbeiter aber murmelte etwas wie Gemeinheit und Herzlosigkeit vor sich hin und setzte seinen Weg in desto größerer Eile fort.

Im Gesellschaftszimmer angelangt, erzählte Herr Lang seinen Gästen auf die Frage, was der Mann wollte, daß in

Zu den Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.

Die „engere“ Kommission verhandelte in Berlin am 25. April in zehnstündiger Sitzung. Um 11 Uhr begann die Plenarsitzung, in der zunächst im Namen der Unparteiischen Dr. Wiedfeldt über das Resultat der Kommissionsberatung Bericht erstattete. Vor den Verhandlungen waren in 12 Orten die Differenzen erledigt, und jetzt ist in 57 Orten eine Einigung erzielt, während in 72 Orten und den beiden großen Bezirken — Rheinland-Westfalen und Meiningen — die Differenzen noch nicht beglichen sind.

Die Unparteiischen empfahlen den Parteien, die Differenzpunkte einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Parteien stimmten dem zu.

Folgender Schiedspruch wurde gefällt:

1. In keinem Lohngebiete darf irgendeine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.

2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrechtzuerhalten.

3. In Lohngebieten, wo von der zuständigen Unternehmerorganisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.

4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pfg. zu erhöhen.

5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.

6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstraße 90/91) die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs anzuzeigen.

Berlin, den 27. April 1908.

b. Schulz, Dr. Brenner, Wiedfeldt.

Die Arbeitgeber haben dem Schiedspruch bereits zugestimmt.

Einen Dummens-Jungenstreik haben sich am 25. April einige Arbeitgebervertreter gegen die unparteiischen Verhandlungsleiter erlaubt. Sie hatten sich zu dem Zwecke Binzel gekauft, die sie unternehmens des Herren, die sich lange Zeit über redlich um die Herstellung des Friedens bemüht hatten, unter die Aktienmappen legten. Dieser „Spaß“ bedeutet nach einer namentlich in Westpreußen üblichen Auffassung, daß die Betroffenen als Einfallspinsel hingestellt werden sollen. Wie leicht begreiflich, erklärten die Unparteiischen, daß sie unter diesen Umständen nicht mehr mitwirken könnten. Nachdem sie jedoch von Arbeitnehmer- wie von Arbeitgebervertretern gebeten wurden, der Mühelei eines einzelnen wegen nicht ihr Amt niederzulegen, erklärten sie sich bereit, weiter im Interesse des Friedens tätig sein zu wollen. Wer von den Arbeitgebern den unverschämten Unfug verübt hat, konnte leider nicht festgestellt werden.

Einfahren.

Wenn auch düstere Wolken den Wirtschaftshimmel noch umlagern, die Aktionäre können doch sich freuen, denn reiche Ernte brachte ihnen im allgemeinen das letzte Geschäftsjahr. Und der Segen mehrerer Jahre, der nun ihre Scheunen füllt, kann ihnen wohl über eine spätere Minderernte hinweghelfen. Wie reichlich teilweise eingefahren werden konnte, dafür einige Beispiele:

Die Franz Seiffert u. Co. A.-G. in Berlin schüttet 10 Prozent Dividende aus.

Eine Dividende von 8 Prozent zu verteilen, beschloß der Aufsichtsrat der Stralauer Glasfabrik A.-G.

20 Prozent fließen den Aktionären der Teutonia Misburger Portland-Zementwerke zu.

Für die Papierinhaber der Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. (Leipzig) stellt sich die letztjährige Rente auf 14 Prozent.

Die Elektrische Straßenbahn in Breslau wirft 6 Prozent ab.

Nur 5 Prozent erhalten die Aktionäre der Elektrischen Straßenbahn Barmen-Elberfeld.

25 Prozent Dividende stößt die Metallwarenfabrik A.-G. Baer u. Stein (Berlin) ab.

Die Norddeutschen Eiswerke können nur 3 Prozent verteilen.

Indes Eismaschinenfabrik in Wiesbaden bringt 11 Prozent heraus.

Für die Anteilhaber der Elektrizitätslieferungsgesellschaft beträgt die Dividende 10 Prozent.

Die A.-G. Rippertuch u. Söhne in Gelsenkirchen bringt 14 Prozent zur Verteilung.

33 Prozent wirft die Petroleumraffinerie vorm. Aug. Korff ab.

Die Weichthaler Aktienspinnerei bringt 8 Prozent zur Verteilung.

30 Prozent Dividende und außerdem 1830 872 Mark Prämien und Gratifikationen illustrieren das Ergebnis der Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning in Höchst. (Vorwärts.)

seinem Bruche ein Arbeiter durch Unvorsichtigkeit verletzt worden sei, und schloß mit ärgerlicher Miene: „Mit den Deuten hat es immer etwas andres.“

„Der Kerl hätte nur besser Obacht geben sollen“, pläzte nun einer der Gutsbesitzer in der Manier eines Herrenmenschen heraus; „im übrigen werde ich wohl den Wunsch aussprechen dürfen, daß wir uns nicht wegen dieses Menschen den ganzen Abend verderben wollen.“

Alle Anwesenden stimmten diesem Vorschlage freudig zu, bis auf die beiden Verlobten, die während des ganzen Abends nicht mehr die ausgelassene Fröhlichkeit zeigten wie zuvor.

Des trauenhaften Vorfalles gedachte an diesem Abend weiter niemand mehr; alles blieb bis in die frühen Morgenstunden in fröhlicher Stimmung.

In seiner armseligen Hütte aber, auf hartem Krankenlager, verbrachte Kirchner die Nacht unter unfäglichen Qualen, während sein Weib, umringt von fünf weinenden Kindern und sich in rasendem Schmerz die Haare raufend, nicht von seiner Seite wich.

Aphorismen.

Jeder mag die Schule nicht, in der kein Fehler vorkommt, in der jeder falsche Schritt durch Aufsicht oder Strenge unmöglich gemacht wird. Wo die Möglichkeit gar nicht ist, zu fehlen, da ist keine freie, verdienstliche Tugend. Dinter.

Weißt du, worin der Spaß des Lebens liegt? Sei lustig! — geht es nicht, so sei vergnügt. G o e t t e.

Es trodnen in der Einsamkeit die Säfte des Gemüts; es strotzt der Gedankenlauf; ich muß hinaus in die Gemeinschaft mit andern Geistern, um immer fester durch Geben und Empfangen das eigene Wesen zu bestimmen. Sch leier m a c h e r.